

gratis!

# revista

linke zeitung für politik und kultur in cello

Nr. 91

Sept./Okt. 2018



**X** **WAR  
STARTS  
HERE.**

**Rheinmetall  
entwaffnen**

**Camp & Demo in Unterlüß**

# INHALT

gefördert durch



Demonstration und Friedenscamp in Unterlüß	
Rheinmetall entwaffnen	3
Dirty Profits – ist Ihre Bank dabei?	4
Whistleblowing – Briefe beschlagnahmt	5
Landtag beschließt Resolution zu Waffenexporten	6
Fluchtursachen in den Blick nehmen	7
Unterschriftensammlung: abrüsten statt aufrüsten	8
Grundstücke bevorzugt für Uniformträger*innen	9
Arbeitsunrecht – Der Horror ist REAL	10
Betriebsratswahlen und Tarifabschlüsse	11
Ostumgehung – „Naturschutz in allen Ehren ...“	12
Meldungen	14
Laternen: Marmeladensommer	16
Interview mit LIST zum Earth Overshoot Day	
„Es geht um Zukunft und Gerechtigkeit“	18
Höcke in Winsen / Ein Millionär lädt ein	20
Eschede-Demo: Kunst statt Braun	21
Theater: „Zusammen“ - so wie Arsch auf Eimer?	22
Kino 8 1/2: 200 Jahre Marx – Nachspielzeit	23
Veranstaltungen im September & Oktober	24
Gewerkschafter*innen gegen NPOG	25
Parade gegen Rassismus – We'll come united	26
Celle „1968“ - Schul – Schul – Schulreform	28
Der Fall am Hafen / Im Wald & auf der Heide	29
Revista Minigolf-Open 2018 – neue Rekorde	33
Kino, Veranstaltungen & Konzerte	34

Hallo werte Leser\*innenschaft,

das Wichtigste mal vorweg: die RWLE-Möller-Stiftung hat uns mit einer Geldspritze vitalisiert, so dass wir hier und heute das Versprechen abgeben wollen, es bis zur 100. Ausgabe zu schaffen. Oder weniger flapsig gesagt: Wir freuen uns richtig darüber und auch über die damit ja verbundene Anerkennung.

Trotzdem lassen wir euch Leser\*innen nicht so einfach aus dem Schneider. Am liebsten wäre uns, wenn – sagen wir mal – zwei Dutzend von Euch einen Dauerauftrag über 10 EUR/mtl. einrichten würden. Das muss doch drin ein.

Wir sind mit der September/Oktober-Ausgabe ein bisschen früher draußen, weil wir die Rheinmetall-Aktionstage noch unterstützen wollen.

Den nächsten Redaktionsschluss haben wir auf den 12. Oktober gelegt. Wer einen Beitrag im Heft haben will, sollte ihn trotzdem besser schon vorher ankündigen – das macht uns die Planung leichter.

Eure revista



Impressum: „revista – linke zeitung für politik und kultur“, PF 1329, 29203 Celle  
V.i.S.d.P.: Ralf Hübner, e-mail: revista.celle@gmx.de; web: <http://www.revista-online.info/>  
erscheint alle 2 – 3 Monate; liegt kostenlos in diversen Kneipen und Geschäften aus,  
kann aber gegen Portokosten abonniert werden (5 Ausgaben für 5 EUR)  
Konto: SKI e.V., IBAN: DE18 2575 0001 0108 0996 98, BIC: NOLADE21CEL

Diese Zeitschrift liegt kostenlos aus bei & im: Kino 8 ½, Weltladen, Buntes Haus, Café Wichtig,  
Linke/BSG-»Das Büro«, Sternkopf & Hübel, Morlock

## Rheinmetall entwaffnen – Krieg beginnt hier

Die Aktionen gegen Rheinmetall rund um den Antikriegstag sollten eigentlich in der Bevölkerung auf Wohlwollen stoßen. Denn:

Eine deutliche Mehrheit von 64 % ist in Deutschland gegen den Verkauf von Waffen und anderen Rüstungsgütern an andere Staaten. Das besagen die Ergebnisse einer repräsentativen Online-Umfrage des Meinungsforschungsinstituts YouGov vom Mai diesen Jahres. Überwältigende 80 % der Bundesbürger\*innen lehnen Exporte in Kriegs- und Krisengebiete ab. Nur 9 % befürworten den Verkauf von Waffen dorthin. Besonders stark ist die Ablehnung bei Waffenlieferungen an den NATO-Partner Türkei. 83% sprechen sich dagegen aus, dass Deutschland Waffen und andere Rüstungsgüter in das Land exportiert. (Ähnliche Zahlen ermittelte schon emnid vor zwei Jahren.)

Die Regierungspolitik steht dem diametral entgegen: Seit Beginn des Jemen-Krieges genehmigte der Bundessicherheitsrat zum Beispiel Rüstungsexporte an Saudi-Arabien in Höhe von 1,05 Milliarden Euro. Ägypten erhielt Militärgüter im Wert von 850 Millionen Euro und die Vereinigten Arabischen Emirate für 474 Millionen Euro. Immer gut dabei: die Rüstungssparte des Rheinmetall Konzerns.

Und trotz des völkerrechtswidrigen Krieges der Türkei mit anschließender Besetzung der Region Afrin in Syrien, dürfte Rheinmetall lukrative Vorhaben mit dem Erdogan-Regime nicht abgeschrieben haben. Zum einen geht es um die Nachrüstung des "Leopard 2" mit einer besseren Panzerung gegen Raketenbeschuss und Sprengfallen. Eine dahingehende Vereinbarung soll bereits im Januar unterschrieben worden sein, so jedenfalls das ARD-Politikmagazin report München und der "Stern". Zum andern will sich Rheinmetall über ein Joint-Venture am Bau eines neuen Panzers in der Türkei beteiligen und hat dafür bereits ein Tochterunternehmen gegründet.

Für den Panzerbau meint Rheinmetall-Chef Papperger keine Regierungsgenehmigung zu brauchen. Und weil bei der Lieferung von Munition gelegentlich Probleme auftreten, hat sich der Konzern über Produktionsstätten in Sardinien und Südafrika längst „Schlupflöcher“ gebaut.

Es gibt also einen Haufen guter Gründe, Rheinmetall zu entwaffnen.

Im April trafen sich in Celle Vertreter\*innen von Gruppen aus 10 norddeutschen Städten, um die Demonstration am 2. September und das Friedenscamp auf den Weg zu bringen. Er-

stunterzeichner\*innen des Demoaufrufs sind 40 Initiativen, vor allem aus dem Spektrum der Antimilitarismus- und Friedensbewegung sowie Solidaritätsinitiativen mit Kurdistan.

Rheinmetall erwartet deshalb am 2. September die größte je vorm Werkstor gesehene Demonstration. Umrahmt wird die Aktion von einem Friedenscamp, das bereits am 29. August auf- und am 4. September abgebaut wird. Hier traf es sich günstig, dass das „War starts here-Camp“ in Colbitz-Letzlinger Heide in Sachsen-Anhalt dieses Jahr eine Pause einlegt.



Türkische Panzer aus deutscher Produktion in Afrin

Aus Celle sind unter den erstunterzeichnenden Gruppen dabei: attac, das Feministische und das Internationalistische Jugendkomitee, Land in Sicht – Transition (LIST) und die VVN/BdA KV Celle.

Mehr zu den Aktionen auf:

<https://rheinmetallentwaffnen.noblogs.org/>

Dort findet sich auch der Demonstrationsaufwurf, der von Gruppen und Einzelpersonen weiter unterzeichnet werden kann mit e-mail an: [rheinmetall-entwaffnen@ri-seup.net](mailto:rheinmetall-entwaffnen@ri-seup.net)



## Dirty Profits – ist Ihre Bank dabei? Dann wechseln!

Offenbar unbeeindruckt von Tod, Flucht und Vertreibung in aktuellen Kriegsgebieten, haben deutsche Banken und Investoren in den vergangenen drei Jahren hohe Geldsummen in Rüstungskonzerne gepumpt, die den Nahen und Mittleren Osten massiv aufrüsten und insbesondere den Krieg im Jemen befeuern.

Zu diesem Ergebnis kommt die heute veröffentlichte Studie „Dirty Profits - Unser Geld für Rüstungsexporte in Kriegs- und Krisengebiete“ der Menschenrechtsorganisation **Facing Finance** und **urgewald**. 10 von 17 untersuchten deutschen Banken sowie alle 4 untersuchten deutschen Vermögensverwalter sind an Rüstungsexportoren beteiligt, die Länder beliefern, die gegen den Jemen Krieg führen.

Die untersuchten Banken unterstützten die Rüstungsfirmen im Zeitraum 2015 - 2017 mit über 9 Mrd. Euro in Form von Krediten und ausgegebenen Anleihen. Zu den größten Finanziers zählen die UniCredit Group/Hypo Vereinsbank und die Deutsche Bank mit Finanzbeziehungen zu 7 bzw. 8 der 10 untersuchten Firmen, gefolgt von der Commerzbank und der BayernLB mit je 5 Rüstungskunden. Zu den geförderten Unternehmen zählen ThyssenKrupp mit U-Boot-Lieferungen nach Ägypten oder der deutsche Rüstungs-„Exportweltmeister“ Rheinmetall mit Exporten an gleich 5 der Staaten, die Krieg im Jemen führen, z.B. Kuwait oder die Vereinigten Arabischen Emirate. Auch die US-Unternehmen Lockheed Martin, Boeing und Raytheon, die zu den Hauptlieferanten der Golf-Allianz gehören, bekamen Gelder von deutschen Finanzhäusern. Heraus sticht ein 750-Mio-Euro-Kredit der Unicredit Group, zu der die Hypo Vereinsbank zählt, für Lockheed Martin. Dieses Unternehmen liefert seine Rüstungsgüter gleich an 7 der 8 Mitglieder der Golf-Allianz.

„Gerade konventionelle deutsche Banken haben offensichtlich seit Jahren und trotz der bekannten katastrophalen humanitären Lage im Jemen kein Problem damit, Rüstungsfirmen zu finanzieren, die den dortigen Krieg kontinuierlich mit Waffenlieferungen befeuern“, kritisiert Thomas Küchenmeister, geschäftsführender Vorstand von Facing Finance. Unter den untersuchten konventionellen Banken schließt lediglich die Deka Bank aktuell die Finanzierung von Rüstungsunternehmen kategorisch aus, neben sechs untersuchten Kirchen- und Alternativbanken.

Auch durch Aktieninvestitionen profitieren deutsche Finanzhäuser von solchen Geschäften - obwohl Kund\*innen diese laut Umfragen klar ablehnen. DWS, die Investment-Tochter der Deutschen Bank (ehem. Deutsche Asset Management), hielt zum untersuchten Stichtag Anteile im Wert von über 3,4 Mrd. Euro an allen untersuchten Rüstungsexportoren. Auch der Spar-

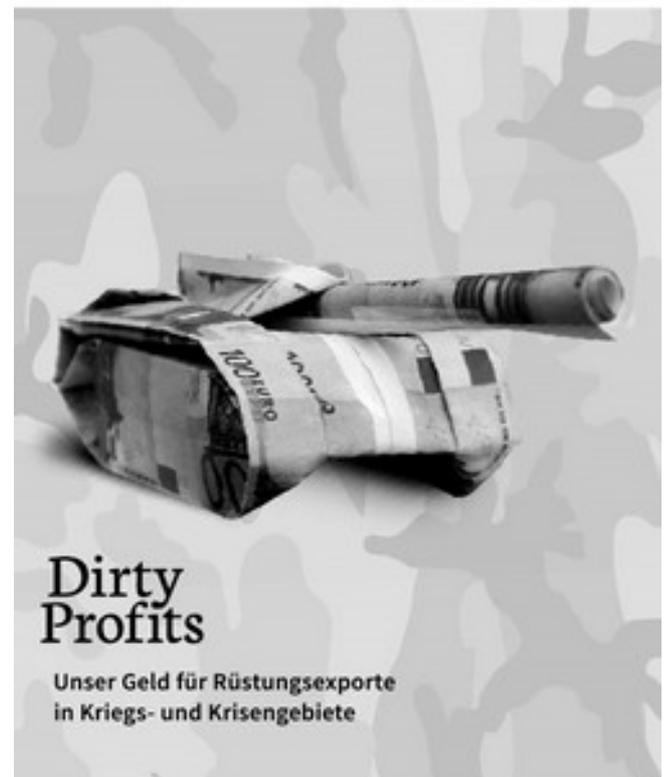
kassen-Fondsanbieter Deka Investment (fast 670 Mio. Euro), die Allianz (fast 600 Mio. Euro) und die Volksbanken-Fondsgesellschaft Union Investment (470 Mio. Euro) halten Aktien an der Mehrzahl der untersuchten Rüstungsexportoren.

Barbara Happe, Rüstungsfinanzexpertin bei urgewald, kommentiert: „Die großen deutschen Fondsgesellschaften wollen trotz der öffentlichen Debatten offenbar weiterhin von steigenden Aktienkursen der Rüstungsbranche profitieren. Leider schließen auch die Fondsgesellschaften von Sparkassen und Volksbanken Geschäfte mit dem Krieg nicht aus. Die Kehrseite dieses vermeintlichen ‚Renditewunders‘ ist eine stetig steigende Zahl von Toten und Verletzten in den Kriegs- und Krisenregionen dieser Welt“.

urgewald und Facing Finance fordern von den Finanzdienstleistern klare und transparente Ausschlusskriterien für die Finanzierung von und Investitionen in Rüstungsunternehmen, die in Krisen- und Kriegsregionen oder an menschenrechtsverletzende Regime liefern.

In der Broschüre erfährt man/frau auch, welche Banken „sauber“ sind und wohin der Wechsel lohnt.

Der Bericht steht zum download unter: <https://urgewald.org/>



## Bürgermeister Flader „beschlagmht“ Briefe

In unser Ausgabe #89 berichteten wir darüber, dass der Landkreis Celle das Verteilen von Flugblättern vor Rheinmetall in Unterlüß untersagt hatte, weil darin zum Whistleblowing aufgerufen würde. Mitarbeiter\*innen sollten aufgefordert werden, die „*illegalen Missstände in der Rüstungsexportpraxis Ihres Arbeitgebers aufzudecken*“. Das Amtsgericht Lüneburg leitete zudem ein Ermittlungsverfahren „wegen öffentlicher Aufforderung zu Straftaten“ gegen den Friedensaktivisten Hermann Theisen ein, der das Verteilen des Flugblattes beantragt hatte.

Im Juli wurde eine weitere Merkwürdigkeit bekannt. Theisen hatte auch die Mitarbeiter\*innen der Gemeinde Südheide mit ihrer Rathausadresse angeschrieben. Diese Briefe erreichten ihre Adressat\*innen nicht. Denn ihr Chef, der Bürgermeister Axel Flader, leitete die Post an die Staatsanwaltschaft Lüneburg weiter. Am 16. Juli ordnete das Amtsgericht Lüneburg die Beschlagnahme der Briefe an und genehmigte „klarstellend“ das Öffnen.

Die öffentliche Aufforderung zu Straftaten soll darin bestehen, dass Theisen die Mitarbeiter\*innen der Gemeindeverwaltung gebeten hatte,

- einerseits sich dafür einzusetzen, „*dass von Ihrer Gemeinde keine illegalen Rüstungsexporte mehr ausgehen*“,
- andererseits das dem Brief beigelegte Flugblatt an ihnen bekannte Mitarbeiter\*innen der Rheinmetall AG weiterzuleiten.

Zur Begründung schrieb Theisen u.a.:

„[...] als Mitarbeiter\*in der Gemeinde Südheide wissen Sie sicher, dass die Rheinmetall AG in Unterlüß im Verdacht steht in illegale Waffenexporte verstrickt zu sein.

Deshalb war für den 8. Februar d.J. eine Kundgebung bei Rheinmetall in Unterlüß geplant, um gegen die in Teilen illegale Exportpraxis der Rheinmetall AG zu protestieren. Dabei sollte auch ein Öffentlicher Aufruf zum Whistleblowing an alle Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der RHEINMETALL AG am Rheinmetallstandort in Unterlüß verteilt werden, den ich Ihnen als Anlage zukommen lasse.

Mit Bescheid v. 05.02.2018 wurde dies jedoch vom Ordnungsamt des Landkreises Celle verboten, nachdem zuvor Oberstaatsanwalt Thomas Vogel (Staatsanwaltschaft Lüneburg) die Verteilung der Flugblätter als strafbar bewertet hatte. Diese Rechtsauffassung teilen wir nicht, weshalb wir das Flugblattverbot dem Verwaltungsgericht Lüneburg im Rahmen einer Klage zur rechtsverbindlichen Klärung vorlegen werden.

Dass die Rheinmetall AG in illegale Waffenexporte verstrickt ist, wurde vielfach publiziert und Öffentlich

diskutiert.

Erst vor wenigen Tagen hat die ARD hierzu einen Dokumentarfilm gezeigt:

<http://www.daserste.de/information/reportage-dokumentation/dokus/videos/bomben-fuer-die-welt-video-102.html>

Und selbst im Wort zum Sonntag fand dies Berücksichtigung

<http://www.ardmediathek.de/tv/Das-Wort-zum-Sonntag/Lissy-Eichert-Stoppt-die-Rüstungsexport/Das-Erste/Video?bcastId=442936&documentId=49738516>



### Rheinmetall-Aktie

#### Ist das der Anfang einer neuen Rally?

„[...] Über fünf Prozent habe die Rheinmetall-Aktie am Donnerstag zugelegt, das Papier notiere nun wieder dreistellig. Und das zu Recht: US-Präsident Donald Trump habe zwar mit barschen Worten und hohen Forderungen die europäischen Verbündeten brüskiert. Seinem Ziel, dass die Partner die Militärausgaben deutlich erhöhen, dürfte Trump mit seinem polternden Auftreten aber näher gekommen sein.

In der Rüstungsbranche würden die Staatschefs das Know-how traditionell im eigenen Land behalten. Rheinmetall sollte deshalb einer der großen Profiteure werden, wenn Deutschland den Rüstungsetat steigere. Der Anstieg des MDAX-Titels sei berechtigt und dürfte erst der Anfang einer neuen Rally sein. Auch positiv: Der starke Druck auf Autozulieferer habe wieder etwas nachgelassen.“

Quelle: [http://www.aktiencheck.de/exklusiv/Artikel-Rheinmetall\\_Aktie\\_Ist\\_Anfang\\_einer\\_neuen\\_Rally\\_Aktienanalyse-8743135](http://www.aktiencheck.de/exklusiv/Artikel-Rheinmetall_Aktie_Ist_Anfang_einer_neuen_Rally_Aktienanalyse-8743135) [13.07.2018]

## Keine Waffenexporte in Krisenregionen

Auf einen von der Landtagsfraktion Bündnis '90/Die Grünen eingebrachten Antrag hin, beschloss der Niedersächsische Landtag am 21. Juni mit den Stimmen von SPD, CDU, FDP und Bündnis '90/Die Grünen eine Resolution zu Waffenexporten niedersächsischer Unternehmen. Der ursprüngliche Antrag musste für diese Einigkeit erheblich abgeschwächt werden. Trotzdem: Vordergründig steht die beschlossene Resolution gegen die Interessen von Rheinmetall und kann so gedeutet werden, dass die öffentliche Kritik an Rüstungsexporten parlamentarisch „verarbeitet“ werden muss. Hier die – nur unwesentlich gekürzte – Resolution:

### **Keine Beteiligung niedersächsischer Unternehmen an Waffenexporten in Krisen- und Konfliktregionen: So leistet Niedersachsen einen wichtigen Beitrag zur Fluchtursachenbekämpfung**

#### **Entschließung**

Nach Angaben des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen (UNHCR) ist Krieg die weltweit zentrale Fluchtursache. Im Jahr 2016 waren laut UNHCR rund 65 Millionen Menschen auf der Flucht, davon kommen 55 % der Geflüchteten aus nur drei Staaten: Syrien, Afghanistan und Süd-Sudan, in allen drei Staaten herrscht Krieg. Fluchtursachen zu bekämpfen, bedeutet daher: kein Export von Waffen in Gebiete, in denen bewaffnete Konflikte stattfinden oder absehbar sind, und kein Export von Waffen in Gebiete und Länder, in denen systematische Verletzungen der Menschenrechte an der Tagesordnung sind.

Rüstungsexporte sind höchst sensibel und sollten nur in Ausnahmen an Drittstaaten außerhalb der Europäischen Union und der NATO-Staaten gehen. Rüstungsexporte in Krisen- und Konfliktregionen tragen in der Regel zu einer Ausweitung und Verschärfung von Konflikten bei. Die Zivilbevölkerung ist hier besonders hart betroffen, so sind nach Schätzungen von Forschungsgruppen 80 bis 95 % aller in bewaffneten Konflikten getöteten Menschen Zivilisten. [...]

Der Landtag begrüßt,

– dass die Bundesregierung vor dem Hintergrund der völkerrechtswidrigen Intervention der Türkei im Norden Syriens geplante Rüstungsexporte gestoppt hat und den Rüstungsexport an alle im Jemen-Konflikt beteiligten Staaten ausschließt,

– dass sich der Bund im Rahmen der Fluchtursachenbekämpfung finanziell an der Versorgung der Flüchtlinge in den Nachbarländern Syriens sowie am Resettlement-Programm der Vereinten Nationen für Syrien beteiligt,

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

1. sich im Bundesrat und gegenüber der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass die Mechanismen der Rüstungsexportkontrolle weiterentwickelt und dabei die vertragsgemäße Verwendung exportierter Rüstungsgüter durch Partner

und Verbündete stärker Berücksichtigung findet und überprüfbarer werden muss,

2. sich beim Bund und EU dafür einzusetzen, dass der Gemeinsame Standpunkt 2008/944/CFSP der Europäischen Union in eine Europäische Richtlinie übertragen wird, um europaweit einheitliche und hohe Standards in diesem Politikfeld zu erreichen,

3. gegenüber der Bundesregierung die Forderung nach einem Rüstungsexportgesetz zum Ausdruck zu bringen, welches die bestehenden nationalen, europäischen und internationalen Exportrichtlinien präzisiert und sachgerecht verschärft und somit für einen transparenten und nachvollziehbaren Umgang mit Rüstungsexporten sorgt,

4. einen verstärkten Dialog zwischen Politik, Gesellschaft und Unternehmen zu initiieren, um die politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen der Rüstungsexportkontrolle unter Berücksichtigung wirtschaftlicher und ethischer Aspekte fortzuentwickeln und dabei veränderten Konflikt-dynamiken sowie der Fluchtursachenbekämpfung angemessenen Rechnung zu tragen,

5. sich gegenüber der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass zivile Konfliktlösungsmechanismen zunehmend Anwendung finden, im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit die Stärkung der Zivilgesellschaft und administrativer Strukturen höher gewichtet werden sowie der Fluchtursachenbekämpfung - unter Anerkennung der fluchtverstärkenden Rolle von Rüstungsexporten in Konfliktregionen - ein größerer Raum in der internationalen Sicherheitspolitik eingeräumt wird.

#### **Begründung**

In den vergangenen Jahren ist eine deutliche Zunahme von Kriegen, begrenzten Kriegen und bewaffneten Konflikten festzustellen. Das Heidelberger Institut für Internationale Konfliktforschung dokumentiert im Konfliktbarometer 2017 weltweit 222 bewaffnete Konflikte, 20 Kriege sowie 16 begrenzte Kriege. [...]

Es muss unter allen Umständen die Verwendung deutscher Waffen- und Rüstungsgüter in Krisen- und Konfliktregionen verhindert werden, um das Grundrecht der Zivilbevölkerung auf Leben und körperliche Unversehrtheit zu schützen und Konfliktregionen nicht weiter zu destabilisieren.

Die Regeln der Rüstungskontrolle bilden den rechtlichen Rahmen, innerhalb dessen die Wirtschaft unter Wahrung ihrer unternehmerischen und ethischen Verantwortung ihre Geschäfte tätigt. Diese Verantwortung begrenzt sich dabei nicht nur auf Standorte im Inland, sondern gilt auch für Tochter- und Partnerunternehmen im Ausland. Politik, Gesellschaft und Wirtschaftsverbände sind aufgefordert, ihren Beitrag dazu zu leisten, die Einhaltung dieser politischen, rechtlichen und ethischen Grenzen zu sichern und bei Verstößen aktiv zu werden. Handlungsoptionen sind dabei die öffentliche Debatte, eine konsequente Sanktionierung sowie die etwaige Weiterentwicklung der rechtlichen Rahmenseetzungen sowohl auf nationaler als auch auf europäischer und internationaler Ebene.

## Fluchtursachen in den Blick nehmen

Der Verband Entwicklungspolitik Niedersachsen e.V. (VEN), der Flüchtlingsrat Niedersachsen e.V. und der Afrikanische Dachverband Norddeutschland e.V. (ADV Nord) fordern anlässlich des Weltflüchtlingstags, verstärkt die Ursachen für Flucht und Migration in den Blick zu nehmen und aktiv zu bekämpfen. Die Zahl der Menschen, die sich weltweit auf der Flucht befinden, ist im letzten Jahr von 65,6 Mio. nochmals auf 68,5 Mio. Menschen gestiegen (UNHCR Global Trends 2017). Der heutige Weltflüchtlingstag macht auf die Situation von Geflüchteten, Binnenvertriebenen und Staatenlosen aufmerksam.

Einen wichtigen Schritt in die richtige Richtung zur Fluchtursachenbekämpfung geht der Niedersächsische Landtag mit der fraktionsübergreifenden Resolution zum Stopp niedersächsischer Waffenexporte in Krisen- und Konfliktregionen. Der VEN, der Flüchtlingsrat Niedersachsen und der ADV Nord begrüßen, dass die Fraktionen sich dieses wichtigen Themas angenommen haben. Die Resolution bleibt allerdings hinter dem ursprünglichen Antrag zurück. Dort wurde eine Offenlegung der Exporte der Rheinmetall Waffen Munition GmbH mit ihren Standorten in Niedersachsen gefordert. Dass diese Forderung in der Resolution gestrichen wurde, unterstreicht die fehlende Transparenz über deutsche Rüstungsexportgenehmigungen. Im Jahr 2017 erhielten 81 Firmen in Niedersachsen Exportgenehmigungen. Wohin und in welchem Umfang Waffen geliefert wurden, ist unklar. Trotz der hoch eskalierten Situation vor Ort gehen deutsche Rüstungsexporte weiterhin auch in den Nahen und Mittleren Osten. In einem nächsten Schritt des Landtags wird es außerdem wichtig sein, sich für Exportverbote von Kleinwaffen einzusetzen. Denn 95 von 100 Kriegsoffizieren werden durch Kleinwaffen getötet.

Auch weitere Aspekte der Fluchtursachenbekämpfung sollten stärker in den Blick genommen werden. „Niedersächsische Milch- und Geflügelexporte nach Afrika entziehen lokalen Kleinproduzent\*innen die Lebensgrundlage. Die Bundesregierung zögert weiterhin bei der Umsetzung der eigenen Klimaschutzziele oder der Einführung menschenrechtlicher Sorgfaltspflichten für Unternehmen – das sind nur einige Beispiele, wo die Politik konsequenter Fluchtursachen angehen sollte“, erklärt Antje Edler, Geschäftsführerin des Verband Entwicklungspolitik Niedersachsen e.V.

„Syrien, Irak und Afghanistan sind weiterhin die drei Hauptherkunftsländer der Schutzsuchenden in Deutschland. Auch in Ländern wie Eritrea oder Somalia werden die Menschenrechte mit Füßen getreten. Die betriebene Auslagerung von

Migrations- und Grenzkontrollen in Transit- und Herkunftsländer unter Inkaufnahme schwerwiegender Menschenrechtsverletzungen ist das Gegenteil von Fluchtursachenbekämpfung. Es braucht einen grundlegenden Perspektiv- und Politikwechsel, eine Hinwendung zu menschenrechtsbasierter Flüchtlings- und Migrationspolitik“, so Kai Weber, Geschäftsführer des Flüchtlingsrats.

Der VEN, der Flüchtlingsrat Niedersachsen und der ADV Nord setzen sich auch dafür ein, den Dialog über Fluchtursachen im Runden Tisch Fluchtursachenbekämpfung mit der neuen Landesregierung fortzuführen. Im Rahmen der Initiative „Niedersachsen packt an“ kamen beim Runden Tisch in den vergangenen Jahren unterschiedliche zivilgesellschaftliche und kirchliche Akteure, Gewerkschaften, Unternehmensverbände und Landespolitik zusammen, um gemeinsam Fluchtursachen im Sinne der UN-Nachhaltigkeitsziele (SDGs) entgegen zu treten.

Pressemitteilung, Hannover, 20. Juni 2018



## Unterschriftensammlung: abrüsten statt aufrüsten

Vor fast vierzig Jahren – im November 1980 – beschloss eine Konferenz der Friedensbewegung den „Krefelder Appell“. Der Aufruf wandte sich an die Bundesregierung (damals SPD/FDP) mit der Forderung, die Zustimmung zur Stationierung neuer atomarer Mittelstreckenraketen in Europa (NATO-Doppelbeschluss) zurückzuziehen und innerhalb der NATO auf eine Beendigung des Wettrüstens mit der Sowjetunion zu drängen. Vier Millionen Menschen unterzeichneten den Aufruf, was der damaligen Friedensbewegung eine breite gesellschaftliche Legitimation gab.

Heute sind wir wieder in einer Situation, in der die NATO-Staaten mit ihrem Zwei-Prozent-Ziel eine enorme Steigerung der Rüstungsausgaben anstreben.

Im vergangenen November wurde deshalb erneut ein Appell gestartet: „abrüsten statt aufrüsten“. Zu den Erstunterzeichner\*innen gehören vier Gewerkschaftsvorsitzende, ein Nobelpreisträger, führende Vertreter\*innen der Friedens- und Umweltbewegung, bekannten Künstler\*innen, kritische Wissenschaftler\*innen sowie Engagierte aus den Bewegungen für Nachhaltigkeit und eine gerechte Welt. Sie fordern von der Bundesregierung: „Keine Erhöhung der Rüstungsausgaben – Abrüsten ist das Gebot der Stunde“.

Bisher haben rund 70.000 Menschen den Aufruf unterzeichnet. Wir haben das Gefühl, dass er in Celle weitgehend unbekannt geblieben ist. Unterschriften zu sammeln ist in Zeiten von Online-Kampagnen „aus der Mode“ gekommen. Aber egal wie, ob über die sozialen Netzwerke oder tatsächlich mit Unterschriftenlisten – es kann in der aktuellen gesellschaftlichen Situation sinnvoll sein, Menschen im eigenen Umfeld dazu anzustiften, Stellung zu beziehen.

Organisatorisch getragen wird der Appell vom Netzwerk Friedenskooperative. Weitere Informationen, die Möglichkeit Online zu unterzeichnen oder Listen zum Sammeln finden sich auf der Webseite: [www.abruesten.jetzt](http://www.abruesten.jetzt)

Hier der Aufrufstext:

### abrüsten statt aufrüsten

Die Bundesregierung plant, die Rüstungsausgaben nahezu zu verdoppeln, auf zwei Prozent der deutschen Wirtschaftsleistung (BIP). So wurde es in der NATO vereinbart.

Zwei Prozent, das sind mindestens weitere 30 Milliarden Euro, die im zivilen Bereich fehlen, so bei Schulen und Kitas, sozialem Wohnungsbau, Krankenhäusern, öffentlichem Nahverkehr, Kommunaler Infrastruktur, Alterssicherung, ökologischem Umbau, Klimagerechtigkeit

und internationaler Hilfe zur Selbsthilfe.

Auch sicherheitspolitisch bringt eine Debatte nichts, die zusätzlich Unsummen für die militärische Aufrüstung fordert. Stattdessen brauchen wir mehr Mittel für Konfliktprävention als Hauptziel der Außen- und Entwicklungspolitik.

Militär löst keine Probleme. Schluss damit. Eine andere Politik muss her. Damit wollen wir anfangen: Militärische Aufrüstung stoppen, Spannungen abbauen, gegenseitiges Vertrauen aufbauen, Perspektiven für Entwicklung und soziale Sicherheit schaffen, Entspannungspolitik auch mit Russland, verhandeln und abrüsten.

Diese Einsichten werden wir überall in unserer Gesellschaft verbreiten. Damit wollen wir helfen, einen neuen Kalten Krieg abzuwenden.

Keine Erhöhung der Rüstungsausgaben – Abrüsten ist das Gebot der Stunde.

\*\*\*

Im Unterschied zum „Krefelder Appell“ unterstützt der DGB heute die Initiative „abrüsten statt aufrüsten“ und ruft anlässlich des Antikriegstags dazu auf, die Petition zu unterzeichnen.



## Grundstücke bevorzugt für Uniformträger\*innen

Rund 110 Grundstücke wird die Stadt Celle in Groß-Hehlen in einem neuen Baugebiet mit dem Namen „Im Tale“ erschließen. Da die Nachfrage nach den Grundstücken über dem Angebot liegen dürfte, hat die Verwaltung einen Katalog mit Vergabekriterien aufgestellt. Danach sollen – um es salopp zu formulieren – Uniformträger\*innen bevorzugt werden. Dieser Plan könnte, sollte er so verabschiedet werden, Verwaltung und Rat schmerzhaft auf die Füße falle.

Der Beschlussvorschlag, der im Juni auf der Tagesordnung des Rates stand, aber kurzfristig abgesetzt wurde, besagt folgendes:

„Die Reihenfolge der Vergabe der Grundstücke wird nach einem Punktesystem ermittelt. Bei gleicher Punktzahl erfolgt die Vergabe im Losverfahren.

*Punktesystem:*

*I. für eine mindestens seit 2 Jahren andauernde Tätigkeit in folgenden Organisationen bzw. Einrichtungen (keine Kumulation möglich):*

*1. Feuerwehr, Bundeswehr, Polizei, Caritative Einrichtung, Technisches Hilfswerk 10 Punkte*

*2. Ehrenamtliche Tätigkeit 3 Punkte*

*Der Nachweis erfolgt über eine Bestätigung der Organisation.*

*II. für Familien, Ehepaare und eheähnliche Gemeinschaft 3 Punkte“.*

Auf eine Begründung verzichtete die Verwaltung.

Es ist offensichtlich, dass der Punkt I.1 diskriminierend ist. Warum? Menschen ohne deutschen Pass oder EU-Staatsangehörigkeit ist der Zugang zu Bundeswehr oder Polizei in der Regel verschlossen. Und es gibt wei-

tere Einstellungskriterien bei Polizei und Bundeswehr, die Interessierte ausschließen: Bei der Bundeswehr muss man & frau mindestens 1,55 Meter groß sein, bei der Polizei sollten in Niedersachsen Frauen über eine Körpergröße von mindestens 1,63 Metern verfügen, bei Männern sind es 1,67 Meter.

Auch dass „Familien, Ehepaare oder eheähnliche Gemeinschaften“ gegenüber Alleinerziehenden bevorzugt werden, ist eine Diskriminierung Letzterer.

Abgesehen von diesen formalen Ausschlusskriterien, stellt sich die Frage: Wie kann man politisch auf die Idee verfallen, ein sozial möglichst homogenes Quartier anzustreben? Weil man es so will?

Viele Städte und Gemeinden arbeiten bei der Baulandveräußerung mit Vergabekriterien. Interessanterweise gab es deshalb seit 2007 ein Vertragsverletzungsverfahren der EU gegen Deutschland. Dabei ging es im Kern um die Bevorzugung von Einheimischen. In einer Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs, wird deutlich, worum es geht. Der EuGH will die unionsrechtlichen Grundfreiheiten garantieren dahingehend, dass alle EU-Bürger sich grenzüberschreitend bewegen, niederlassen und in anderen EU-Staaten arbeiten dürfen. Diskriminierend also ist, „wenn eine Vergünstigung an einen Personenkreis gewährt wird, der Merkmale aufweist, die von Inländern (oder Ortsansässigen) leichter erfüllt werden können.“ (so zumindest der Bayerische Städtetag) Wenn das nicht auf die Celler Vergabekriterien zutrifft?

In den Beschlussvorlagen für den Stadtrat vermerkt die Verwaltung im übrigen auch immer die „Auswirkung für Integration“. Dies meinte die Verwaltung mit „Nein“ beantworten zu können.

Unten die Bewerber\*innen mit besten Chancen.



## Aktion Arbeitsunrecht – der Horror ist REAL

Die Supermarktkette Real war am 13. Juli bundesweit wie auch in Celle Schauplatz zahlreicher Streiks und Aktionen. Der von der „Aktion Arbeitsunrecht“ angestoßene Protest unter dem Motto „Der Horror ist Real“ wurde massiv von ver.di durch eigene oder ergänzende Formate unterstützt.

Es ging im Kern darum, auf die beschäftigungsfeindlichen Praktiken der zum Metro-Konzern gehörenden Supermarktkette aufmerksam zu machen. Sie will sich durch Lohndrückerei Wettbewerbsvorteile verschaffen. Zu diesem Zweck wechselte Real in diesem Frühjahr zur Unternehmervereinigung „Arbeitsbedingungen im Handel und Dienstleistungsgewerbe“ (AHD).



Diese schließt bevorzugt Dumpingverträge mit der unternehmensnahen gelben „Gewerkschaft“ DHV ab. Ver.di befürchtet dadurch Lohneinbußen von bis zu 40 Prozent. Obwohl heute in Celle bei Real nicht gestreikt wurde, erklärte die ver.di-Ortsvereinsvorsitzende Annegret Meyer: „Mit unserer heutigen Aktion wollen wir zeigen, dass wir fest an der Seite der Beschäftigten bei Real sind. Mit uns ist Lohnraub, Leiharbeit und Tarifflicht unvereinbar.“

An der heutigen Aktion nahm auch ein Kollege der GEW sowie der DGB-Kreisvorsitzende Paul Stern teil. Die Heranziehung von zwei Polizisten durch die Geschäftsführung von Real Celle nannte Stern „völlig unangemessen“. Er kommentierte: „Wenn bei einer Lappalie wie das Verteilen eines Flugblattes schon Polizei gerufen wird, was kommt dann bei einem Streik? Eine Hundertschaft plus Wasserwerfer?“

Der ver.di-Ortsverein Celle wird auch in Zukunft den Kolleg\*innen bei Real mit Rat und Tat zur Seite stehen.

### „Mitbestimmung in Europa: Wo wir stehen, wo wir hinwollen“

Tagung in Hustedt vom 30. - 31.08.2018

Mit der Tagung „Mitbestimmung in Europa“ will die HVHS Hustedt den inhaltlichen Grundstein für das neue angesiedelte „Zentrum für Europäische Betriebsräte“ legen. Die Ziele sind, politisch den Stand der Mitbestimmung in Europa zu verorten, praktische Erfahrungen von Europäischen Betriebsräten einzuholen und Zukunftsperspektiven zu diskutieren. Hier einige Aspekte des Programms:

Donnerstag, 30. August 2018

13.45 Uhr | Referat und Diskussion: „Mitbestimmung in Europa: Wo wir stehen, wo wir hinwollen.“ - Wolfgang Lemb, Gf. Vorstandsmitglied der IG Metall

15.00 Uhr | Referat und Diskussion: „Gewerkschaften in der Eurokrise? Zur Lage der europäischen Gewerkschaften vor der Europawahl 2019“ - Prof. Dr. Klaus Busch, Universität Osnabrück

17.00 Uhr | Diskussionsrunde: „Mitbestimmung in Europa: Erfahrungen aus der Praxis“ mit Mitgliedern Europäischer Betriebsräte - Moderation: Jennifer Amend-Nolze

Freitag, 31. August 2018

9.00 Uhr | Referat und Diskussion: „Stand und Ausblick zum Gesetz über Europäische Betriebsräte (EBRG)“ - Yasmin Fahimi, MdB, Staatssekretärin a.D.

11.00 Uhr | Diskussionsrunde: „Mitbestimmung in Europa: Anforderungen an die politische Erwachsenenbildung“ - Moderation: Dr. Peter Straßer

12.00 Uhr | Abschlussdiskussion: „Hustedter Erklärung zur Mitbestimmung in Europa“ - Moderation: Harald Kolbe und Maximilian Schmidt

Die Teilnahme ist kostenfrei, eine Vollverpflegung ist enthalten. Für die Übernachtung im Einzelzimmer wird ein Eigenbeitrag von 40,- € erhoben.



## Betriebsratswahlen und Tarifabschlüsse 2018

Anfang Juli hatte die HVHS Hustedt Lennard Aldag, Gewerkschaftssekretär der IG Metall Geschäftsstelle Celle-Lüneburg, eingeladen. Thema: „Wo stehen wir: Betriebsratswahlen in Stadt und Landkreis Celle“. Breiten Raum nahmen aber auch tarifpolitische Neuerungen ein.

Vom Geschäftsführer der HVHS Hustedt, Maximilian Schmidt , gefragt, wie er die Ergebnisse der Betriebsratswahlen in einem Wort zusammenfassen würde, bat Aldag um zwei und antwortete: „Nichts Neues“. Kleine Einschränkung: Seit der vorherigen BR-Wahl habe es in keinem Betrieb eine Auflösung gegeben, aber in zwei Betrieben sei erstmals ein Betriebsrat gewählt worden. Zum einen bei Delta Systemtechnik GmbH in Celle, einem Hersteller von Frischwarmwassersystemen mit anhängender Raumwärmeversorgung mit etwa 100 Mitarbeiter\*innen, zum anderen bei NERAK GmbH Förder-technik in Hambühren, einem Betrieb mit gut 150 Mitarbeiter\*innen.



Trotz allem Sonntagsgerede von der „Sozialpartnerschaft“ würden Betriebsratsgründungen von vielen Geschäftsleitungen mehr denn je massiv bekämpft. Dabei ist die Behinderung von Betriebsratswahlen eine Straftat. Aber, wie Aldag anmerkte, handele es sich wahrscheinlich um den einzigen massenhaften Straftatbestand in der Bundesrepublik bei dem es praktisch keine Anklagen und Verurteilungen gäbe. Kandidat\*innen für BR-Wahlen würden mit Drohungen eingeschüchtert oder auch mit „Zuckerbrot“ für einen Verzicht belohnt.

Manche Beschäftigte würde nach wie vor die Vorteile einer Vertretung durch einen Betriebsrat zu gering schätzen. Aldag nannte als Gründe zum einen die neoliberale Wende, die solidarisches Denken insbesondere bei jüngeren Generationen zunehmend aushebeln würde, zum anderen aber auch negative Erfahrungen, die z.B. Aussiedler\*innen aus ihren Herkunftsländern mitgebracht hätten.

Trotzdem: Um die Tarifbindung wieder zu stärken, sei es unumgänglich möglichst viele Betriebsräte neu zu gründen. Dabei verwies Aldag gleichzeitig auf die Notwendigkeit der (Re-)Politisierung von Gewerkschaften, denn nur mit einem klaren Blick auf Gesellschaft könnten Entsolidarisierung und Spaltung entlang rassistischer Ideologie zurückgedrängt werden.

Zur Frage, wie Gewerkschaften auf aktuelle Herausforderungen reagieren würden, verwies Aldag auf den jüngsten Tarifvertrag im Metallhandwerk Niedersachsen. Damit sei es gelungen, Beschäftigten ein früheres Renteneintrittsalter ohne Abschläge zu erleichtern.

Der neue Tarifvertrag sichert für Beschäftigte ab dem 50. Lebensjahr einen Rechtsanspruch auf eine monatliche Zusatzzahlung der Arbeitgeber\*innen in die Deutsche Rentenversicherung in Höhe von 50 Euro, um einen früheren Ausstieg aus dem Arbeitsleben ohne Rentenkürzung zu ermöglichen. Die Beschäftigten können freiwillig einen zusätzlichen Beitrag leisten.

Wer beispielsweise mit 67 Jahren eine Rente von monatlich 1200 Euro erwartet, jedoch schon mit 65 Jahren aufhören will, hat normalerweise 86,40 Euro weniger Rente im Monat. Diesen Rentenabschlag kann eine heute 50-jährige Beschäftigte künftig annähernd ausgleichen, wenn sie auf die zusätzlichen 50 Euro Rentenbeitrag vom Arbeitgeber noch einmal selbst 50 Euro drauflegt. Sie kann dann bereits mit 65 Jahren annähernd ohne Abschläge in Rente gehen.

Wie Gewerkschaften auf die Zeit-Bedürfnisse von Beschäftigten reagieren, zeigte Aldag an einem weiteren Aspekt, der ab 2019 in allen Tarifgebieten der Metall- und Elektroindustrie gültig wird:

Vollzeitbeschäftigte haben dann einen Anspruch auf verkürzte Vollzeit. Sie können ihre Arbeitszeit 6 bis 24 Monate lang auf bis zu 28 Stunden in der Woche reduzieren. Danach haben sie das garantierte Recht, wieder zu ihrer normalen Vollzeit zurückzukehren - oder erneut einen Antrag auf verkürzte Vollzeit zu stellen.

Zudem gibt es eine Wahloption für Beschäftigte, die Kinder erziehen, Angehörige pflegen oder in Schicht arbeiten. Sie können neue jährliche Sonderzahlung, das tarifliche Zusatzgeld in Höhe von 27,5 Prozent eines Monatslohns auch als Zeit nehmen. Normalerweise kämen dabei sechs freie Tage im Jahr heraus. Die IG Metall hat jedoch durchgesetzt, dass der Arbeitgeber noch zwei Tage als Bonus obendrauf legt. Das heißt: Es gibt zusätzliche acht Tage frei im Jahr.

**Militärische Infrastruktur oder ÖPNV-Nulltarif?**

**30 Mrd. Euro p.a. mehr für die Rüstung gemäß NATO-Vorgaben**  
u.a. um die militärische Infrastruktur für schnelle Truppenverlegungen nach Osteuropa zu schaffen (Aktionsplan zur Verbesserung der militärischen Mobilität)

**Alternativ: 15 Mrd. Euro p.a. für sozial-ökologische Verkehrswende**

**Was der Nulltarif im ÖPNV kosten würde:**  
13 Mrd. Euro durch Wegfall der jährlichen Einnahmen bei öffentlichen Verkehrsunternehmen durch ÖPNV-Nutzer  
2 Mrd. Euro durch zusätzliche Investitionen in die Infrastruktur des ÖPNV für ein erhöhtes Fahrgastaufkommen

**Was der Nulltarif im ÖPNV bringen würde:**

- weniger Tote durch Luftverschmutzung
- weniger Lärmbelastung und Gesundheitsschäden durch Straßenverkehr
- finanzielle Entlastung unterer Einkommensgruppen
- mehr öffentlich nutzbare Flächen in Innenstädten statt Pkw-Parkflächen

**ABRÜSTEN**

Foto: Eisenstadt aus Video: Währungsunion am 1.1.1999, Quelle: ÖPNV-Kosten gemäß VÖV, steigende Ticketpreise durch Luftverschmutzung (100 km/h) 600.000 p.a. nach EU-Kommission

## „Naturschutz in allen Ehren,



## aber letztlich geht es um Menschen, ...“



Im April 1984 wurden in Celle die Verkehrsplaner und Politiker jäh aus ihren automobilen Träumen gerissen. Das lange geplante »Jahrhundertprojekt« Ostumgehung wurde vom Lüneburger Obergericht zum Scheitern verurteilt. Das OVG hatte u.a. beanstandet, dass „die *Belange des Landschafts- und Naturschutzes vernachlässigt*“ worden seien. Im Juni 1992 hat der Rat der Stadt Celle mit der sogenannten „FFH-Richtlinie“ die Unterschutzstellung der Natur entlang der Aller zwischen Altencelle und Dammaschwiese beschlossen. „Der besondere Schutzzweck für das Naturschutzgebiet ist die *Erhaltung oder Wiederherstellung eines günstigen Erhaltungszustandes des FFH-Gebietes.*“

Auf die Verordnung zum Naturschutzgebiet „Obere Allerniederung bei Celle“ wird seit vielen Jahren entlang



des Naturschutzgebietes mit etlichen rot leuchtenden Schildern hingewiesen. Vorsätzliche oder fahrlässige Verstöße gegen die Verordnung können mit Bußgeld zwischen 10.000,- und 50.000,- Euro bestraft werden.

Gegen jede Vernunft haben dennoch Verkehrsplaner und politisch verantwortliche Befürworter\*innen der Ostumgehung mit allen Mitteln weiter daran gearbeitet, eine Trasse durch das Naturschutzgebiet zu bauen. Mit dem Bau der Trassen-Abschnitte I und II durch das Naherholungsgebiet in Westercelle haben die Verantwortlichen das Verkehrschaos in und um Altencelle geschaffen, das genug Druck für einen Weiterbau durch das Naturschutzgebiet (Obere Allerniederung) aufgebaut hat. Im April 2016 ist der Senat des OVG Lüneburg diesem Druck erlegen und hat in seinem Urteil zur Planfeststellung des Mittelteils lediglich den Fledermausschutz bemängelt.

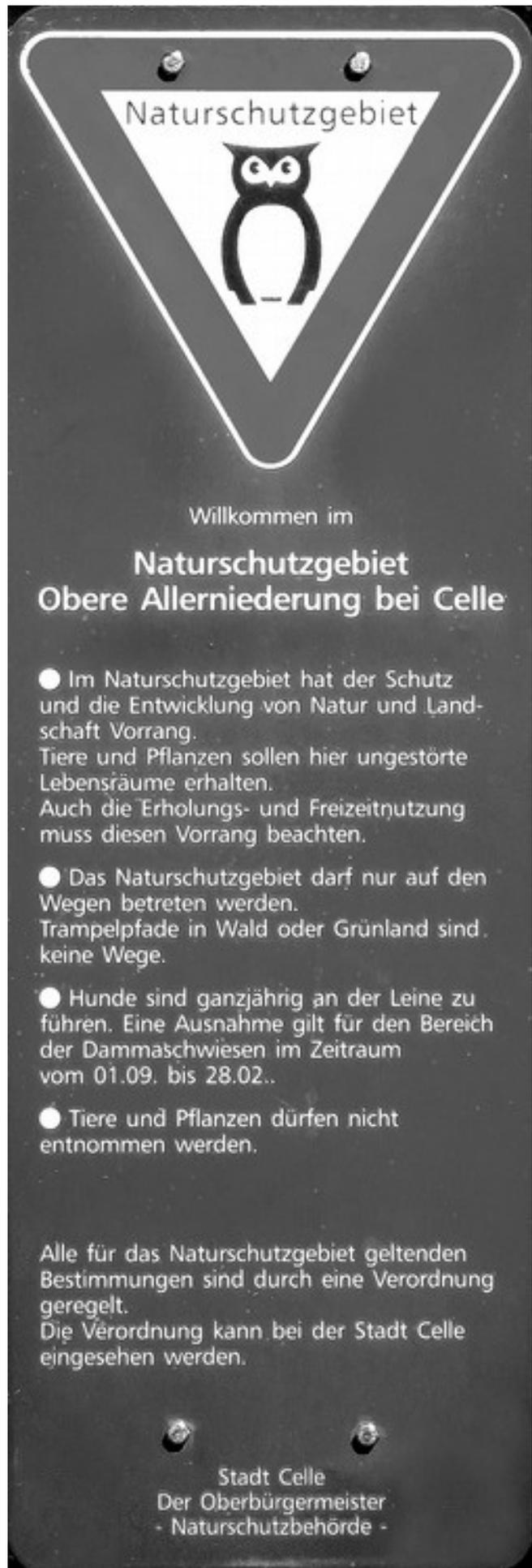
Aus Angst vor weiteren Klagemöglichkeiten wurde im jetzigen Planergänzungsverfahren der Fledermausschutz so auf die Spitze getrieben, dass jede Verhältnismäßigkeit abhanden gekommen ist. Dem Menschen wird jegliche Möglichkeit durch die Natur zu wandeln durch vier Meter hohe Maschendrahtzäune und vier Fledermausbrücken (betreten verboten) verwehrt. Nur als Automobilist darf in Zukunft das Naturschutzgebiet „betreten“ werden.

Jetzt muss die Planfeststellungsänderung (Fledermausschutz) von den entsprechenden Gremien noch erörtert und beschlossen werden. Die 60 Millionen Euro Steuergelder für den Bau der 5,2 km langen Teilstrecke liegen angeblich zur Abholung bereit. Während die noch bestehende Verkehrsinfrastruktur wegen Geldmangels immer weiter zerbröseln, reiben sich die ewiggestrigen, automobilgläubigen Politiker\*innen schon die Hände und können es kaum erwarten, sich für ein Bauwerk feiern zu lassen, dessen Planung aus dem letzten Jahrhundert stammt. CZ vom 13.07.2018: Der nieders. Wirtschaftsminister Bernd Althusmann (VW Aufsichtsratsmitglied) fordert: „*Tempo, Tempo, Tempo.*“ Thomas Adasch, MdL: „*Die notwendigen Mittel stehen zur Verfügung.*“ Und unser Oberbürgermeisterplagiat Jörg Nigge lässt seine verächtliche Einstellung zum Naturschutz öffentlich durchblicken: „*Naturschutz in allen Ehren, aber letztlich geht es um Menschen, ...*“

Als oberste Instanz der Naturschutzbehörde Celle ist er verpflichtet, für die Einhaltung (nicht Verehrung) der Naturschutzverordnung zu sorgen.

„*In allen Ehren*“, das kennen wir von ihm schon seit seinem Wahlkampfplagiat, da hat er das Urhebergesetz auch „in allen Ehren“ gehalten und heimlich dagegen verstoßen. Das Wort „Ehre“ hat in der CDU seit Barschel und Kohl seine eigene unrühmliche Bedeutung erlangt.

In diesem Sinne sollten wir diese Ehrenmänner „in allen Ehren“ halten!





----- 23.06.2018 -----

## Bauhof teurer

Dass auch die Fachleute im Bauamt nicht vor Überraschungen gefeit sind, zeigte sich beim „Projekt Bauhof“. Der soll auf das Gelände der ehemaligen Kaserne an der Hohen Wende verlagert werden. Billiger als Neubau, war dabei die Zentrale Argumentation der Verwaltung. Das Argument zerbröselte etwas: Entgegen der Annahme, so stellte sich jetzt heraus, seien die vorhandenen Asphaltschichten nicht 17, sondern nur 3 – 5 cm stark. Das geht gar nicht, weshalb der Rat Mehrkosten von 850.000 EUR bewilligte. – Immerhin: Gleichzeitig wurden die Mehrkosten für eine Hackschnitzelanlage genehmigt, womit anfallender Baumschnitt energiesparend verarbeitet werden kann.

----- 23.06.2018 -----

## Verkehrswende

Das hatte es in Celle ganz lange nicht gegeben – eine Fahrraddemonstration. Dazu hatte die Initiative „Land in Sicht – Transition (LIST)“ am Samstagnachmittag eingeladen. Dass dann



knapp 70 Cellerrinnen und Celle in die Pedale traten, war aus Sicht von LIST ein kleiner Erfolg. Die Sprecherin der Initiative, Cornelia Döllermann-Nölting: „Unsere Erwartungen wurden übertroffen und es war schön zu sehen, dass Menschen jeden Alters – von kleinen Kindern mit ihren Eltern bis hin zur Großelterngeneration – mitgeradelt sind.“

Zu Beginn der Demonstration erläuterte Reinhard Rohde für LIST die Intention: „Wenn in Deutschland eins noch gar nicht klappt, dann ist es die Verkehrswende. Wir wollen ein Anfang sein von einer zivilgesellschaftlichen Bewegung, die die Politik zum Handeln antreibt: lokal – national – international.“ Er verwies darauf, dass im Verkehrssektor seit 1995 bei den CO2-Emissionen ein Stillstand herrscht. Alle technischen Verbesserungen seien aufgefressen worden von mehr Fahrleistung und von mehr und immer größeren PKW. Es sei nicht im Ansatz erkennbar, wie die Bundesregierung die Klimaschutzziele im Verkehrssektor erreicht wolle.

Claus Stahl vom Allgemeinen Deutschen Fahrradclub (ADFC) verwies in seinem Redebeitrag u.a. darauf, dass es im Alltag und vor Ort wichtig sei, die Stadtverwaltung über Probleme zu informieren. Über einen Online-Fragebogen auf der Homepage der Stadt könnten direkt Kritik und Verbesserungsvorschläge vorgebracht werden.

Die Fahrraddemonstration führte durch die Stadtteile Blumlage, Neuenhäusen und Neustadt und wurde im Triftpark beendet.

Auf der Abschlusskundgebung berichtete noch Peter Florek von der „Schokofahrt“. Er hatte sich im Frühjahr gemeinsam mit 40 anderen an dem Projekt beteiligt, Schokolade von Amsterdam mit Lastenfahrrädern in deutsche Städte zu transportieren. Da die Schokolade außerdem den Weg aus der Karibik nach Europa per Segelschiff abschließend mit Windkraft zurückgelegt hat, war der gesamte Transport CO2-frei vonstatten gegangen.

Die Fahrraddemo war Bestandteil von bundesweiten Aktionen zum „Tag des guten Lebens für alle“. Bereits am Vormittag hatten die Celler Initiative Gemeinwohlökonomie, attac, ACE und andere in der Altstadt mit Ständen über ihre Arbeit informiert.

----- 25.06.2018 -----

## Jugendkonferenz

Die sogenannte "Jugendkonferenz" präsentierte ihre Ideen für die Stadtentwicklung: Gefordert wurden "stadtnahe Anlagen für Jugendliche". Gerade im Norden fehle es an Angeboten wie z.B. Basketballplatz, Skaterpark oder einen überdachten Grillplatz. In der CZ hieß es dann weiter: „Als Wunschort stellen sich die Delegierten die Triftpanlage oder die CD-Kaserne vor.“ Wir würden zusätzlich einen Orientierungsparcours westlich der Bahn empfehlen, also vielleicht auf dem Gelände der CD-Kaserne.

----- 28.06.2018 -----

## Otte und der Wolf

Da sich der Wolf partout nicht integrieren will und auch nicht abschieben lässt, ist er zum Lieblingsthema der „Kümmerer“ geworden. So beschlossen die Regierungsfractionen in Berlin ein „bundesweit abgestimmtes Wolfsmanagement“. Dabei geht es auch um die „Entnahme solcher Wölfe, die Weidezäune überwunden haben oder für den Menschen gefährlich werden.“ Für unseren MdB Henning Otte ist das ein guter Schritt in die richtige Richtung: „Wir müssen sicherstellen, dass die hohe Anzahl der Wölfe durch Abschuss reduziert werden kann.“

Unser Oberbürgermeister, Dr. Jörg Nigge, wandte sich an den Umweltminister, da er in Sachen Wolf gegenüber den Bürger\*innen „sprachfähig“ sein wolle. Olaf Lies antwortete umfangreich, hier nur ein Auszug: „Die Si-



cherheit der Menschen hat oberste Priorität. Wölfe, die sich Menschen gegenüber auffällig verhalten, sind zu beobachten und gegebenenfalls zu entnehmen. Was im Klartext heißt, dass im jeweiligen Einzelfall auch eine Tötung des Tieres in Erwägung zu ziehen ist. [...] Es gilt aber auch: Wenn ein Wolf in Sichtweite von Ortschaften oder Einzelgehöften entlang läuft, kann dies allein noch kein Grund für eine Entnahme sein."

----- 05.07.2018 -----

## Bau-Lobby

Anfang Juli schaffte es das „Verbändebündnis Wohnen“ mit einer Pressemitteilung in nahezu jede Lokalzeitung zu kommen. Das „Verbändebündnis“ besteht aus der Baugewerkschaft IG Bau und – wie es wenig genau heißt – „der Bauwirtschaft“. Dort hat man die bundesweite Baustatistik hinsichtlich der lokalen Zahlen ausgewertet und diese lokal zugeschnitten in die jeweilige Pressemitteilung eingebaut. Im Kreis Celle wurden danach im Jahr 2017 345 Wohnungen neu gebaut, davon 248 Ein- und Zweifamilienhäuser. Investiert wurden 69,2 Mio. Euro. Und dann werden die Bürger\*innen überall im Land mit gleichlautenden Textbaustein aufgerüttelt, bei denen nur der Ortsname ausgetauscht ist: „Das klingt viel. Tatsächlich müsste es aber mehr sein, wenn Celle [oder Bonn oder Verden] seinen Beitrag zur Wohnraum-Offensive der Bundesregierung leisten will.“

Das ist tricky gemacht, aber nichts anderes als Lobbyismus. Darauf hinzuweisen, verzichteten die lokalen Qualitätsmedien. Dass sie sich auch nicht weiter für das „Verbändebündnis“ interessierten, mag daran liegen, dass sich bei oberflächlicher Recherche im Internet dazu nichts finden lässt.

----- 05.07.2018 -----

## Lobbyismus II

„Aus dem operativen Geschäft, Abschreibungen sowie einem negativen Zinsergebnis erzielt die Congress Union jährlich ein Defizit von etwa 2 Millionen Euro.“ Das war in der CZ am 5. Juli zu lesen. Überraschen konnte die Überschrift: „Aktien-Parken als Erfolgsmodell: Stadt spart 18 Millionen Euro“. Und niemand wundert sich? Wir haben schon öfters über diesen Irrsinn berichtet. Wie funktioniert's. Die Stadt hat ein Aktienpaket, das im wesentlichen aus der seinerzeitigen Privatisierung der Stadtwerke herrührt, in der Geschäftsstruktur der Congress Union „abgelegt“. Die Dividendengewinne aus dem Aktienpaket werden mit den Verlusten des Tagungszentrums verrechnet und so werden Steuern gespart. (Es ist alles ein klein bisschen komplizierter, aber:) Es wird also praktiziert, was landauf landab Konzernen vorgeworfen wird. Der eigentliche Skandal: Wir leisten uns ein hoch-defizitäres Tagungszentrum und verschließen seit fast 30 Jahren davor die Augen. (Jedenfalls haben wir noch nicht davon gehört, dass der Geschäftsführung auf die Füße getreten und Kürzungen angedroht werden – wie es aktuell jede kulturelle Institution in der Stadt Celle kennt.) Und all die Freunde neoliberaler Wirtschaftstheorien finden's auch noch toll. Dabei: Die Congress-Union (und damit auch das Thaers) haben durch diese Konstruktion einen unglaublichen Wettbewerbsvorteil.

----- 24.07.2018 -----

## Vorbild Reker

Die Kölner Oberbürgermeisterin Henriette Reker ist ja ein Vorbild für unseren OB Dr. Jörg Nigge. Jetzt gibt es von ihr Vorbildliches zu berichten: Die Oberbürgermeister\*innen von Köln, Düsseldorf und Bonn haben in einem Brief an Bundeskanzlerin Merkel angeboten, „in Not geratene Geflüchtete“ aufzunehmen, weil ihre Städte dazu in der Lage seien. Reker (parteilos), Thomas Geisel (SPD) und Ashok Sridharan (CDU) wollen sich damit „gegen die vermeintlich herrschende Stimmung stellen, dass Zäune und Mauern statt eines gerechten europäischen Verteilungssystems die Not der Geflüchteten lösen könnten“. Und

weiter steht in dem Brief vom 24. Juli: „Wir wollen ein Signal für Humanität, für das Recht auf Asyl und für die Integration Geflüchteter setzen.“

Jetzt warten wir auf eine entsprechende Initiative unseres OB. Da wir gleichzeitig Realist\*innen sind, würde uns aber schon ein entsprechender Resolutionsantrag der Ratsfraktion der Bündnisgrünen freudig überraschen.



----- 25.07.2018 -----

## Celler Loch

40 Jahre ist es her, dass der nds. Verfassungsschutz bei der „Aktion Feuerzauber“ ein Loch in die Wand der Celler JVA sprengte. 1986 flog die Staatsschutzaktion auf. Im Hamburger Abendblatt war daraufhin zu lesen: „Wenn zukünftig irgendwo in der Bundesrepublik eine Bombe detoniert, wird man gezwungen sein, auch Behörden des Staates in den Kreis der Täter einzureihen.“ – Wie wahr.

Auf dem Foto das heute als Erinnerungstück ausgestellte „Loch“.



## Murmeltiersommer – mehr Heimat geht nicht



Eine menschenleere Celler Innenstadt am frühesten Morgen. Fünf link(s-radikal)e Laternen stehen in der Dämmerung beieinander und beginnen ein Gespräch.

**Die Dicke:** Und – war der Özil jetzt eigentlich schuld aus frühen Ausscheiden?

**Der lange Lulatsch:** Wenn einer schuld war, dann der Trainer. Wenn ihr euch erinnert: In Brasilien hat er teilweise mit einer Viererkette gespielt, die nur aus gelernten Innenverteidigern bestand. Gegen Portugal davor dann noch Lahm und Khedira. Wie er in diesem Sommer auf die Idee kommen konnte, mit dreieinhalb Defensiv-Spielern Weltmeister zu werden zu wollen, bleibt ein ewiges Rätsel.

**Klein Jonas:** Und warum ist dann Özil zum Sündenbock geworden?

**Der lange Lulatsch:** Vielleicht weil man einen brauchte, der nicht Löw heißt.

**Die Dicke:** ... und der uns eine weitere Runde mit Talkshows zum Thema Integration beschert. Interessant war ja aber Özils Äußerung, wonach er für Leute wie Grindel Deutscher sei, „*wenn wir gewinnen, aber ein Einwanderer, wenn wir verlieren. [...] Ich werde behandelt wie einer, der 'anders' ist.*“

**Der Besserwisser:** Demokratisch regierte, kapitalistische Nationalstaaten sortieren Menschen nun mal nach Inländern und Ausländern, nach »wir« und »die anderen«. Dieses völkische Sortierungsprinzip besteht auf dem Loyalitätsanspruch des »eigenen Volkes« – der leider nur allzu sehr erfüllt wird – und bestimmt jeden Ausländer erst einmal umgekehrt als loyalen Anhänger seines Heimatstaates. Daher der prinzipielle Verdacht ihnen gegenüber, sie würden sich hier als Fünfte Kolonne ihrer Heimat aufführen. Und genau diesen Verdacht hat Özil mit dem gemeinsamen Foto mit Erdogan bedient.

**Die Dicke:** Das war ja aber auch nicht gerade ein Ausweis politischen Bewusstseins.

**Der Besserwisser:** Er tickt eben nicht viel anders als Grindel, nur dass er sich gegenüber der Herkunft seiner Eltern loyal zeigt.

**Die Dicke:** Ein Beispiel misslungener Integration?

**Der Besserwisser:** Ach Quatsch. Die sogenannte Integrationspolitik billigt den Ausländern ...

**Oma Lilo:** ... und Ausländerinnen ...

**Der Besserwisser:** ... zu, sich mit Wille und Bewusstsein etwas über ihre Art hinwegzusetzen und sich dem Deutschtum anpassen zu können. Damit gibt die Ausländerpolitik ihren völkischen Ausgangspunkt nicht auf. Sie relativiert ihn nur aus einem nationalökonomischen Kalkül heraus. Deshalb wird selbst der eingedeutschte Ausländer zum Deutschen mit Migrationshintergrund gestempelt und bleibt das über Generationen.

**Die Dicke:** Ich weiß nicht – sie haben doch nicht alle ein völkisches Bewusstsein, die Grünen z.B. meinen doch, sie stünden für eine humanitäre Flüchtlingspolitik.

**Der Besserwisser:** Wobei sie die Auffassung aller teilen, dass, wer eine Aufenthaltsberechtigung in Deutschland haben will, sich nützlich ma-

chen muss.

**Oma Lilo:** Was macht nur der Özdemir, wenn Erdogan demnächst auf Staatsbesuch kommt? Er hat gesagt: „*Mit dem Alleinherrscher Erdogan zu posieren empfinde ich als respektlos denen gegenüber, die in der Türkei gegängelt werden oder willkürlich im Gefängnis sitzen. Respekt zolle ich nur Demokraten.*“ Da kann er ja geradezu froh sein, dass er nicht Außenminister geworden ist.

**Der Besserwisser:** Bekanntlich haben sich die Grünen in den Koalitionsverhandlungen ja auch für eine Aufkündigung des Flüchtlingsdeals mit der Türkei eingesetzt.

**Die Dicke:** Im Ernst?

**Der Besserwisser:** Quatsch – selbstverständlich nicht.

**Der lange Lulatsch:** Und was geht so in Celle?

**Die Dicke:** Sommer in Celle – das ist eine wunderbare Variante von „*Und täglich grüßt das Murmeltier*“.

**Klein Jonas:** Murmeltier?

**Die Dicke:** Das ist ein Film. Ein Wetteransager fährt in eine Kleinstadt, um über ein Ritual dort zu berichten. Ich glaube es ist so, dass, wenn das Murmeltier an einem bestimmten Tag im Februar aus seiner Höhle kommt, bleibt's noch lange winterlich. Das ist aber eigentlich egal, weil es darum geht, dass der Wettermann dann in einer Zeitschleife festsitzt und ein und denselben Tag immer wieder erlebt und der beginnt halt mit der Murmeltierstory - bis er irgendwann all seinen Zynismus abgelegt hat und ein guter Mensch geworden ist.

**Klein Jonas:** Und was hat das mit Celle zu tun?

**Die Dicke:** Ihr wisst ja – ich lese die Cellesche von vorn bis hinten.

**Oma Lilo:** Früher lasen wir sie von hinten nach vorn.

**Der lange Lulatsch:** Wieso das denn?

**Oma Lilo:** Na, erst das Wichtige: die Todesanzeigen.

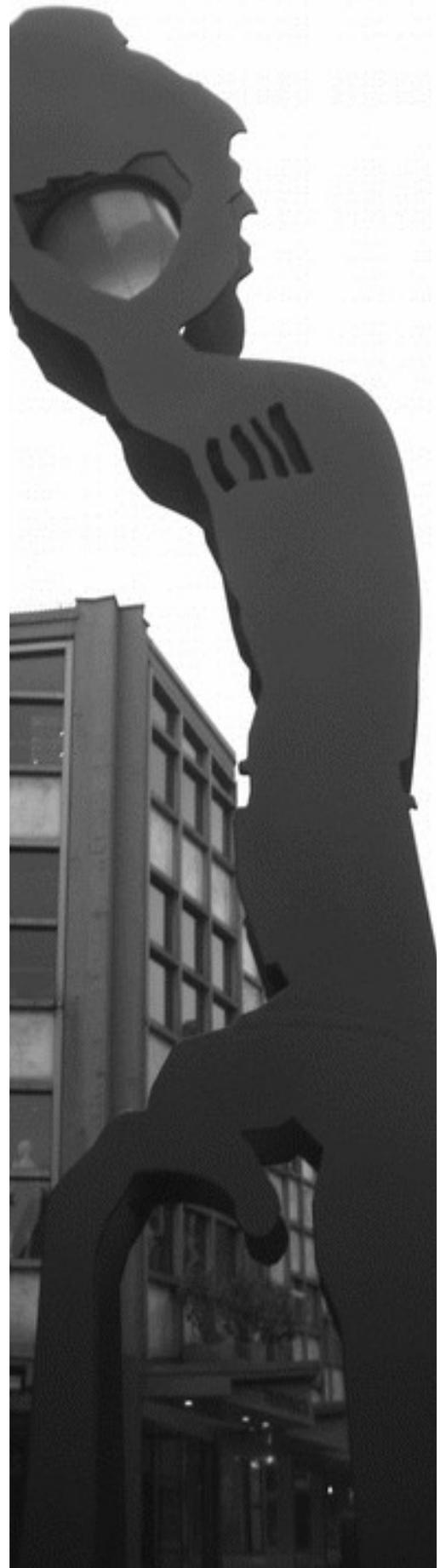
**Die Dicke:** Stimmt, ist heute anders. Ich denke auch, weil das Blatt jetzt aus vier Teilen, den sogenannten Büchern, besteht. Da beginne ich immer mit dem zweiten Buch, also den Lokalseiten für die Stadt. Und da bin ich dann wieder beim Murmeltier-Thema. Der Sommer ist dort vollständig ritualisiert: Es beginnt jedes Jahr in etwa mit den Fotos der Schulabschlussklassen und den Berichten über Entlassungsfeiern, dann kommt der Abi-Umzug und wir freuen uns schon auf die Berichte von den Schützenfesten. Fester Bestandteil sind dann seit einigen Jahren die Artikel zu Ferienpassaktionen, so dass wir wieder genauestens wissen, wie die Kinder sich Hautcremes machen oder Cocktails mixen. Klassischerweise kommt irgendwann eine Foto-Story über Freibäder und den Weinmarkt. Für Abwechslung sorgt dann das Südwinden-Festival, bevor sich der Hochsommer mit dem Bockpalast dem Ende zuneigt.

**Der lange Lulatsch:** Jedes Jahr dasselbe? Ich würde wahnsinnig werden, wenn ich das lesen müsste.

**Die Dicke:** Ja und nein, wie unser Freund Adorno immer gern schrieb. Die tiefe Traurigkeit der Kinder auf den Ferienpassfotos ist mir jedesmal Glück und Hoffnung zugleich. Und was ist geeigneter für hermeneutische Übungen als die Reden auf dem Schützenfest, die uns Leserinnen leider nur noch in kleinen Happen präsentiert werden.

**Der lange Lulatsch** (grinst): Das ist Heimat, oder?

**Die Dicke** (mit gespielter Überzeugung): Ja – mehr Heimat geht nicht.



## „Es geht um Zukunft und Gerechtigkeit“

Die Gruppe LIST hat am 1. August vor der Volksbank auf der Stechbahn eine kleine Aktion zum „Earth Overshoot Day“. Wir haben nachgefragt, was es mit diesem Tag auf sich hat.

??: Warum habt ihr eure Flyer eigentlich vor Volksbank und Sparkasse verteilt?

!!: Wir haben auf unserem Flyer das Motiv aufgenommen, dass die Menschheit ab diesem Tag bildlich gesprochen „auf Kredit“ lebt oder anders gesagt: Wir in den Dispo gehen. Deshalb vor Banken, einen drüber hinausgehenden Zusammenhang gibt es nicht.

??: Erklärt bitte mal den „Earth Overshoot Day“.

!!: Es bedeutet soviel wie „Erdüberlastungstag“. Es gibt als anderen Begriff „Ecological Debt Day“, das lässt sich besser übersetzen als „Ökoschuldentag“. Es geht darum, dass die Menge der global verfügbaren natürlichen Ressourcen ins Verhältnis gesetzt wird zur Nachfrage bzw. zum Verbrauch. Und die Nachfrage hat die Kapazität der Erde zur Erneuerung der Ressourcen in diesem Jahr am 1. August überschritten. Das heißt, wir beleihen die Zukunft. Und weil wir nichts zurückzahlen können, geht's vor allem auf Kosten künftiger Generationen. Denn es gibt eben keinen zweiten Planeten, den wir plündern könnten.

??: Um welche Ressourcen geht es beim Earth Overshoot Day?

!!: Die Kennzahlen sind festgelegt vom Global Footprint Network, einer Non-Profit-Organisation im Umweltsek-

tor. Es geht z.B. um Abholzung der Wälder, Rückgang der Artenvielfalt, Überfischung – also um „erneuerbare“ Biokapazität. Bei Treibhausgasen geht es um jenen Anteil, der über die Abbaufähigkeit von Wäldern und Ozeanen anfällt.

??: Jetzt sind „die“ Menschen aber in sehr unterschiedlicher Weise beteiligt. Das blendet der symbolische Tag aus. Was sagt ihr dazu?

!!: Wir haben auf unserem Flyer darauf hingewiesen, dass der „Earth Overshoot Day“ auf Deutschland bezogen schon am 2. Mai war. Auf der Homepage des Global Footprint Network finden sich Vergleichszahlen für alle möglichen Länder. Aber klar, die früh-industrialisierten Länder auf dem Planeten sind am Ressourcenverbrauch auf allen Ebenen vorn. Und auch auf die Bevölkerung in Deutschland geschaut, ist es so, dass die wohlhabenderen Schichten trotz der Anschaffung von energieeffizienteren Geräten und dem Kauf von Bio-Lebensmitteln einen deutlich schlechteren ökologischen Fußabdruck haben als Normalverdiener\*innen und die eben auch nochmal schlechter abschneiden als einkommenschwache Schichten. Das liegt zum Beispiel einfach an Flugreisen, insgesamt an unterschiedlichen Formen der Mobilität, aber auch an dem pro Kopf in der Regel deutlich größeren Wohnraum.

Jahr	Overshoot Day	Verbrauch in Erde-Einheiten
1961		-0,73
...		
1971	21. 12.	1,01
...		
1987	19.12.	1,23
2000	01.11.	1,37
2005	20.10.	1,54
2010	21.08.	1,66
2014	19.08.	1,69
2017	02.08.	1,70
2018	01.08.	1,70

??: Daraus könnten wir jetzt den Schluss ziehen, dass es für die Mensch-

heit besser wäre, wenn alle leben würden wie Menschen in Albanien oder Hartz IV-Empfänger\*innen in Deutschland.

!!: Das wäre die falsche Schlussfolgerung. Der Kern einer fortschrittlichen Kritik besteht zunächst in einem Gerechtigkeitsanspruch. Die Nachhaltigkeitsdefinition des sogenannten Brundtland-Berichts, also dem 1987 von der UN-Kommission für Umwelt und Entwicklung verabschiedeten Bericht „Our Common Future“, will inter- und intragenerationellen Gerechtigkeit. Es geht um Gerechtigkeit zwischen den heute gleichzeitig lebenden Menschen (intragenerationell) und der Gerechtigkeit zwischen der heutigen und künftigen Generationen (intergenerationell). Einfach gesprochen geht es also um Gerechtigkeit in den Dimensionen Raum und Zeit.



?: *Trotzdem. Wer Ressourcen nicht verbrauchen will, muss verzichten, oder?*

!!: Ja und nein. Beispiel Lebensmittel: Selbstverständlich muss sich in Deutschland jede und jeder Bio-Lebensmittel leisten können, nicht wegen der Gesundheit, sondern weil Böden und Artenvielfalt so besser erhalten werden. Auf der anderen Seite ist eine deutliche Verringerung des Fleischkonsums unumgänglich. Oder nehmen wir den Bereich der Mobilität: Wer von Celle nach München will, kann diese Absicht hinsichtlich des Ressourcenverbrauchs in sehr unterschiedlicher Weise verwirklichen. Der Flug von Hannover aus ist ökologisch eindeutig belastender als die Fahrt mit der Bahn. Fliegen ist die eindeutig schädlichste Fortbewegungsart. Und deshalb ist aus unserer Sicht hier ein Verzicht angebracht. 80 Prozent der Menschen auf diesem Planeten sind noch nie geflogen, die anderen 20 Prozent beteiligen sich gerade in nicht unbeträchtlichem Maß an der Klimakatastrophe. Hier geht es aus unserer Sicht dann schon um die Infragestellung der imperialen Lebensweise.

?: *Noch ein neuer Fachbegriff.*

!!: Der Rosa-Luxemburg-Club hatte im Frühjahr Burkhard Wissen hier in Celle, der zusammen mit Ulrich Brand diesen Begriff entwickelt hat. Es geht vereinfacht gesagt darum, dass das Alltagshandeln von Menschen in den früh-industrialisierten Ländern in Strukturen eingebettet ist, die sich schwer hinterfragen lassen. So wird ein Wissen darum verstellt, dass die Folgen dieses Lebensstils einerseits externalisiert, also in die Länder des Südens verlagert werden, andererseits dieser Lebensstil nicht im Weltmaßstab verallgemeinerbar ist. So gesehen ist die Selbstverständlichkeit, mit der viele frische Abiturient\*innen meinen, alle Kontinente der Erde besuchen zu können, neo-kolonial unterfüttert und in letzter Konsequenz auch rassistisch.

?: *Sie müssten also zum Verzicht gezwungen werden?*

!!: Nein und Ja. Sie sollten sich – mit Harald Welzer gesprochen – fragen: Wer wollen wir gewesen sein? Jene Generation, die weiter kräftig an der Klimakatastrophe mitgearbeitet, oder jene, die sich der Frage der Gerechtigkeit konsequent gestellt hat. Und nebenbei: Angerichtet haben das nahende Desaster die Nachkriegsgenerationen in den früh-industrialisierten Ländern, die beim Wunsch, ihren Kindern solle es besser gehen als ihnen, nicht an radikale Arbeitszeitverkürzung denken, sondern an ein mehr an Konsummöglichkeiten. - Aber klar, genauso wie ein rascher Kohleausstieg per Gesetz her muss, könnten auch Inlandsflüge gesetzlich verboten werden. Und, auch wenn der Gedanke wie Öko-Diktatur daher kommt, für einen Langstreckenflug sollte man/frau schon einen sehr überzeugenden Grund haben: „*Ich war noch niemals in New York ...*“ darf da nicht mehr ausreichen.

Die Gruppe LIST trifft sich jeden 2. Mittwoch im Monat, 17 Uhr im Bunten Haus – Infos über Aktionen finden sich auf dem Blog: <http://list-celle.over-blog.com/>



## Kundgebung zum „Day Orange“

Wie in rund vierzig anderen Städten fand in Celle am 4. August eine Solidaritätsaktion für die Seenotrettung im Mittelmeer. Die rund 60 Menschen, die sich auf dem Robert-Meyer-Platz eingefunden hatte, waren in Orange gekleidet oder hatten Rettungswesten an, um so zu bekunden: Seenotrettung ist kein Verbrechen.

In Celle spannten die Teilnehmenden zu Beginn ein Band mit der ausgedruckten Liste der Namen von über 34.000 offiziell registrierten Menschen, die aufgrund der restriktiven Politik der „Festung Europa“ in den letzten 25 Jahren zu Tode kamen.

Die Kundgebung wurde mit einer Schiffsglocke eröffnet. Sieben Rederinnen und Redner nutzten daraufhin das Offene Mikrophon. Gemeinsam war allen, das grassierende Elend, die voranschreitende Abschottung und das daraus resultierende Massensterben nicht länger stillschweigend hinnehmen wollen.

Offiziell dokumentiert ist allein in diesem Jahr der Tod von über 1.500 Männern, Frauen und Kindern, die versucht haben, das Mittelmeer zu überqueren, mehr als die Hälfte der Menschen ist seit dem 1. Juni ertrunken. Letzteres ist nach Auffassung der „Seebrücke“ eine direkte Folge der Beschränkungen, die die zivile Seenotrettung in den letzten Wochen unterworfen ist.

Kritisiert wurde die deutsche Rüstungsexportpolitik, die indirekt viele Fluchtbewegungen buchstäblich befeuert. Eingefordert wurde eine andere Handels- und Entwicklungspolitik gegenüber afrikanischen Ländern, die sich endlich an den Erfordernissen vor Ort ausrichten müsse. Denn - wie die Teilnehmenden in einem abschließenden Sprechchor forderten: Neben dem Recht zu gehen und zu kommen, geht es auch um das Recht, nicht gehen zu müssen. Und das heißt, der globalen Ungerechtigkeit ein Ende zu setzen.



## Ein Millionär lädt ein

Ende Mai war der AfD-Politiker Björn Höcke in Winsen. Eingeladen hatte ihn Jürgen Lindhorst sen., Aufsichtsratsvorsitzender der JLW Holding AG. Eingeladen hatte er Höcke allerdings als Privatmann und auch Höcke sei „als Privatmann“ erschienen. Zu diesem „Privatbesuch“ kamen 90 Besucher\*innen, Freunde und Bekannte wie Lindhorst auf Nachfrage der CZ offenbarte. Wahrscheinlich wurde dann auch nur über Privates geredet: der letzte Urlaub, die Befindlichkeit der Enkel und Aufsitzrasenmäher. Zu seinen Gründen sagte Lindhorst gegenüber der CZ: *„Ich habe Björn Höcke im Thüringer Landtag kennengelernt und fand ihn sympathisch und sehr intelligent.“* Und: *„Ich wollte mir ein Bild machen von dem Menschen und Politiker. [...] Höckes Vita und seine Einstellungen zu Familie und traditionell deutschen Werten haben mich beeindruckt. Diese Menschen machen mich neugierig.“*

Wenn Lindhorst nicht gerade nur Privatmann ist, ist er Unternehmer. Er hat die JLW Holding AG aufgebaut, zu der heute rund 100 Unternehmen gehören. Die Holding ist – so auf der Homepage zu lesen – „einer der größten Agrarproduzenten in Deutschland mit Schwerpunkten in der Produktion von Pflanzen und regenerativen Energien.“ Auf einer Fläche von ca. 22.000 Hektar – vorwiegend in Brandenburg und Sachsen-Anhalt – werden vor allem Getreide, Raps, Mais und Futterpflanzen produziert. Die Anbauflächen wolle man in den kommenden Jahren noch „deutlich steigern“. Seit 1994 gibt es zudem das Geschäftsfeld Immobilien, und im Jahr 2007 erfolgte Einstieg in das Geschäftsfeld Organisation von Pflege- und Gesundheitszentren. Bis 2015 war Lindhorst sen. Vorstandsvorsitzender, seitdem ist er Aufsichtsratsvorsitzender der JLW Holding AG.

Die CZ kommentierte unter der Überschrift *„Was soll das?“*, ohne zum Kern der Angelegenheit zu gelangen. *„Eines vorweg: Jürgen Lindhorst – da hat er völlig Recht – kann einladen, wen er will. Er kann sich mit Politikern von Rechts- oder von Linksaußen treffen, wie es ihm gefällt. In einem freien Land ist das eine Selbstverständlichkeit. [...] Nur: Wenn man sich schon mit einem AfD-Politiker zur Plauderstunde treffen will, so hätte es gewiss auch moderatere Vertreter gegeben.“*

Ist nicht das eigentliche Problem, dass hier ein Millionär mit seinem Geld Einfluss nimmt auf politische Meinungen? Vor zwei Jahren ließ Andrea Nahles als Bundesarbeitsministerin folgende Passage aus dem Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung streichen: *„Die Wahrscheinlichkeit für eine Politikveränderung ist wesentlich höher, wenn diese Politikveränderung von einer großen Anzahl von Menschen mit höherem Einkommen unterstützt wird.“*

Auf eine nicht unwichtige Frage ging der CZ-Bericht gar nicht ein: Zahlte Lindhorst Höcke ein Honorar? Und wie passt das dann zu einem „Privatbesuch“?

Im Spätsommer empfängt der Winser Millionär den nächsten Spitzenpolitiker – den ehemaligen CDU-Bundestagsabgeordneten Wolfgang Bosbach. Auch er wird nicht nur wegen der schönen Atmosphäre und der leckeren Getränke kommen.



### Wenn nur alles so einfach wäre...

Für den 30.06.2018 hatten die „Patrioten Niedersachsen“ eine Demo in Celle angekündigt. Es hat sich in Celle schnell ein Bündnis gegründet, das Bündnis für ein weltoffenes Celle. Es war den Beteiligten klar, dass die Nazidemo sehr klein ausfallen könnte. Aber so klein? Gerade fünf bis sieben Personen „versammelten“ sich hinter dem Bahnhof. (siehe Foto) Die Nazidemo wurde abgesagt, die Nazis z. T. von der Polizei nach Hause begleitet.

Das Bündnis für ein weltoffenes Celle hatte bei der Planung seiner Demonstration mit dieser Möglichkeit gerechnet. So stand das Anliegen im Vordergrund, an dem Tag nicht nur eine Haltung gegen Nazis nach außen zu tragen sondern vor allem das, wofür die Menschen in dem Bündnis stehen: für eine vielfältige Gesellschaft, in der die Herkunft egal ist, für eine klare Position gegen Diskriminierung & Unterdrückung in jeder Form, für eine Sensibilität, die allen gesellschaftlichen Gruppen die aktive Teilnahme am gemeinschaftlichen Leben ermöglicht. Um das sichtbar zu machen wurde der Triftpark genutzt, um sich zu treffen, zu picknicken, zu reden, Musik zu hören, sich auszutauschen.

Von dort aus ging dann auch die Demonstration los zum Bahnhof. Nach einigen Redebeiträgen war sie dann auch schon beendet, denn die Nazidemo, die um 13 Uhr beginnen sollte, wurde direkt abgesagt. Die Demo ging dann zurück in den Triftpark, der dann weiterhin als Ort für Austausch und Unterhaltung genutzt wurde. Zeitgleich hatte auch Die Partei gegen die Patrioten Niedersachsen demonstriert. Die Partei zog vom Bahnhof weiter in die Innenstadt. Insgesamt waren an dem Samstag ca. 300 Personen auf den Straßen und im Triftpark.

Das Bündnis für ein weltoffenes Celle hatte im Vorfeld noch mehrere stationäre Kundgebungen angemeldet, auch dort waren noch Demonstrant\*innen. Diese Kundgebungen waren an Orten, wo die Nazidemo entlang gegangen wäre, wenn sie denn stattgefunden hätte. Das war ein sinnvolles Konzept, auch wenn es letztlich nicht benötigt wurde.

Alles in Allem lässt sich sagen, dass es gut gelungen ist, in der Kürze der Zeit diesen Protest zu organisieren und Menschen zu mobilisieren. Die Veranstalter\*innen waren mit der Beteiligung sehr zufrieden und die Teilnehmenden bedauerten es nicht, dass so gut wie keine Nazis kamen. Um für eine weltoffene Haltung zu demonstrieren, werden sie auch wirklich nicht gebraucht.

\*\*\*\*\*



Am 23.06.2018 fand in Eschede unter dem Motto „Bunte Kunst gegen Braun“ eine Demonstration gegen die Nazitreffen auf dem Hof von Joachim Nahtz statt.

Es war ein kleines „Jubiläum“, denn vor 10 Jahren fand die erste Demo gegen diese schon lange bekannten regelmäßigen Nazitreffen statt. 2008 waren Antifa Celle und Antifa Lüneburg/Uelzen Anmelder, unterstützend dabei waren der DGB Nord-Ost Niedersachsen und das Celler Forum gegen Gewalt und Rechtsextremismus. Ca. 300 Personen nahmen daran teil.

Im Vorfeld wurde vom Celler Forum seinerzeit ein ausführliches Informations- und Mobilisierungsflugblatt verteilt. Die Celler Polizei verteilte ebenfalls Flugblätter, in denen sie den Escheder Bewohner\*innen erklären wollte, warum diese mit einer hohen Polizeipräsenz an dem Wochenende zu rechnen haben, nämlich weil die Antifademo stattfindet und es nicht ausgeschlossen werden könne, dass „sowohl an der rechten Veranstaltung als auch an der linken Demonstration gewaltbereite Personen teilnehmen“. Und schließlich verteilten bzw. verklebten die Nazis auch noch ihren Senf dazu. Sie beklagten sich in allererster Linie über die Flugblätter, die in Eschede verteilt wurden: Man wäre ein Nazi, nur weil man aus Eschede käme, von Rufmord war die Rede und, dass man überall über das Nazidorf lesen würde. „Würde man Nahtz und die Treffen in Frieden lassen würde es gar nicht so weit kommen“. Der krönende Abschlussatz lautete dann noch: „Die Blätter die am 10.06.2008 verteilt wurden, wurden vom Menschen mit Behinderung ausgeteilt, die nicht einmal wissen worum es geht!! Sie werden schamlos dafür ausgenutzt!!“ Selbstverständlich waren diese Pamphlete nicht namentlich unterzeichnet. In der CZ lautet der Titel des Berichts über eine Infoveranstaltung im Vorfeld der Demo „Escheder fürchten bei Demo Gewalt“. So vorbereitet fand dann die Demo statt, mit jeder Menge Polizei, wenigen Menschen aus Eschede und weit weg vom Hof Nahtz.

Seitdem finden dreimal im Jahr Demonstrationen gegen die Nazitreffen statt, gegen die Sommersonnwend-

feiern, die Erntefeste und die Wintersonnwendfeiern der Nazis. Inzwischen ist der DGB Nord-Ost Niedersachsen Anmelder und seit 2011 findet die Kundgebung an der Kreuzung Zum Finkenbergr/Am Dornbusch statt. Damit finden die Demonstrationen gegen Nazitreffen bei Joachim Nahtz noch lange nicht in Sicht- und Hörweite des Geschehens, aber immerhin dort, wo die anreisenden Nazis den Protest gegen sie sehen und hören können.

Nun stellt sich vielleicht die Frage, ob es immer noch sinnvoll ist, diese Demonstrationen durchzuführen. Es gibt ja leider jede Menge anderer Betätigungsfelder gegen Rechts, sei es die AfD oder auch der Rassismus, der immer deutlicher und ungenierter zutage tritt. Die NPD, das Umfeld, in dem sich Nahtz bewegt, hat dagegen sehr an Bedeutung verloren.

Und dennoch ist es wichtig, an dem Protest in Eschede festzuhalten. Dirk Garvels, DGB N-O Niedersachsen, machte am 23.06.2018 in Eschede deutlich, dass die NPD-Niedersachsen eine Woche vor der Sonnwendfeier auf dem Hof Nahtz ihren Landesparteitag abhielt: „Das macht deutlich: Hier wird kein Brauchtum gepflegt, hier werden Kader geschmiedet.“

Dieser Hof ist ein Rückzugsort, ein Vernetzungsort und ein Treffpunkt der extremen Rechten. Es ist wichtig, dagegen zu demonstrieren und keine Ruhe zu geben. Und genau das fand am 23.06.2018 statt. Gut 100 Menschen kamen und beteiligten sich an den diversen Aktionen, ganz nach dem Motto „Bunte Kunst gegen Braun“. Es wurde gemalt, getrommelt, gesungen. Besonders schön war, dass durch die Straßenmalaktion tatsächlich die Zufahrt zu Hof Nahtz immer wieder kurzfristig gesperrt war. Es scheint, dass das nicht viel ist, aber alles, was die Nazis nervt, trägt dazu bei, dass ihnen deutlich gemacht wird, dass sie nicht in Ruhe gelassen werden. Im Verlaufe der Kundgebung reisten ca. 40 Nazis an, am Ende sollen es laut Polizeibereich 60 gewesen sein.

Am 29.09. wird wieder mit einem Erntefest bei den Nazis zu rechnen sein. Dagegen wird es auch wieder eine Protestkundgebung geben.

## „Zusammen“ – so wie Arsch auf Eimer?

Mit einer fast hippieesken Utopie leiten Intendant Andreas Döring und Geschäftsführer Stephan Bruhn das Programmheft des Schlosstheaters zur neuen Spielzeit ein. Sie phantasieren Schloss-Festspiele herbei, die mit verschiedenen Bühnen im und ums Schloss die Stadtgesellschaft zusammenführen und – nun ja – auch touristischen Mehrwert generieren. Wer würde sich das nicht wünschen? Doch die Zeiten sind leider anders. In München haben die Kammerspiele und das Volkstheater im Juli zu der Demonstration "Ausgehetzt" aufgerufen, die sich auch gegen die Flüchtlingspolitik der CSU richtet. Nicht, ohne sich sofort obrigkeitsstaatliche Ruffel einzuhandeln.

„Zusammen“ lautet das Motto der neuen Schlosstheater-Spielzeit. Das lässt angesichts des gleichnamigen (und grottigen) WM-Songs der Fanta Vier & Clueso zwar leider nur „Heile Welt“-Assoziationen aufkommen, jedoch ... die Stückeauswahl setzt ein kleines bis mittelgroßes Aber.

Schon in den vergangenen Spielzeiten hatte das Schlosstheater Erfolg mit der Umsetzung regionaler Themen, wobei die Zusammenarbeit mit Peter Schanz (zuletzt „*Fluchtpunkt Celle*“) auch für die Zukunft den Maßstab setzt. Die Saison wird diesmal eröffnet mit „*Fesche Lola, brave Liesel*“, einem Stück nach der gleichnamigen Doppelbiografie von Heinrich Thies über Marlene Dietrich und ihre in Bergen lebende (und von ihr verleugnete) Schwester Elisabeth. Hier sei nur daran erinnert, dass Dietrichs Ausspruch „*Deutschland? Nie wieder!*“ in den frühen 1990er Jahren zum Standardbaustein linksradikaler Transparente und Flugblätter gehörte.

Im Mai nächstes Jahres gibt's dann im Rahmen des Bauhausjubiläums und im Format „Stückentwicklung“ eine Auseinandersetzung mit dem Architekten Otto Haesler („*Haesler, für ein neues Celle. Ein Architekt und seine Gegner*“). Das ganze an einem besonderen Ort, nämlich dem ehem. Direktorenwohnhaus in der Magnusstraße (heute Galerie Jochim).

Spannend könnten schon im Herbst Stücke auf den kleinen Bühnen werden:

Am 4. Oktober gibt's im Malersaal die Premiere von „*Monsieur Ibrahim und die Blumen des Koran / Aufstand*“. Unter Verwendung der gleichnamigen Stücke von Éric-Emmanuel Schmitt und Mely Kiyak geht es darum, wie ein aus Syrien geflüchteter, kurdischer Regisseur im Theater seine Geschichte inszenieren will. Der im Paris der 70er Jahre aufgewachsene Schauspieler weigert sich, den Text des Regisseurs zu spielen. Er lehne die radikale Anklage gegen die Türkei ab, weil sie ausgrenzende Motive nur reproduziere. „*Beide – so das Programmheft – ringen um die Macht der Bühne, um*

*das Bedürfnis und die Schwierigkeit, positioniertes, politisches Theater „glaubhaft“ zu erzählen.*“

Am 13. Oktober startet in Halle 19, dann noch ein weiteres Stück, das unsere Leser\*innen interessieren könnte: „*Benefiz – jeder rettet einen Afrikaner*“. Geplant wird eine Wohltätigkeitsveranstaltung für ein afrikanisches Schulprojekt. „*Nach und nach verheddern sich die fünf Benefiz-Akteur\*innen heillos in Pauschalisierungen, Vorurteilen und vermeintlich politisch-korrekten Vermeidungsstrategien.*“ (Programmheft)

Mehr Infos auf der website: <http://schlosstheater-celle.de/>



### Ermäßigungen

Geradezu vorbildlich sind inzwischen die Möglichkeiten, ermäßigte Karten zu bekommen.

Schon seit längerem gibt's das **Last-Minute-Ticket** für Ermäßigungsberechtigte: Spontan-Theaterbesucher\*innen, die zum ermäßigungsberechtigten Personenkreis gehören, können in den letzten 20 Minuten vor Vorstellungsbeginn die im Kauf verbliebenen Karten zum Einheitspreis von 7,00 Euro erwerben.

Ermäßigungsberechtigt ist, wer...

- das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet hat, noch zur Schule geht.
- in der Ausbildung ist oder studiert und noch nicht 30 Jahre alt ist.
- freiwilligen Wehrdienst, Bundesfreiwilligendienst oder ein Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ) leistet.
- Sozialleistungen nach SGB II, SGB XII und AsylbLG erhält.
- schwerbehindert mit einem Grad der Behinderung von 50% ist oder ein Handicap hat und eine Begleitperson benötigt.

Bei Vorlage der entsprechenden Legitimation erhält dieser Personenkreis auch **normale Tagestickets zum ermäßigten Preis** – in der Regel bedeutet dies: knapp über dem halben Ticketpreis.

## 200 Jahre Marx – Nachspielzeit

Anlässlich des 200. Geburtstags von Karl Marx im Jahr 2018 widmet das Deutsche Filmmuseum dem bedeutenden Theoretiker von Kommunismus und Ökonomie des 19. Jahrhunderts eine thematische Filmreihe, die in Zusammenarbeit mit dem Kurator Alexander Schwarz konzipiert wurde. 1818 in Trier geboren, hat Karl Marx selbst den Aufstieg des Kinos als Massenmedium nicht mehr erlebt. Als Figur in der Filmgeschichte ist er aber immer wieder präsent.

Da die gesamte Reihe in Kooperation mit der Bundeszentrale für politische Bildung entstanden ist, gab es anschließend für Kommunale Kinos die Möglichkeit des "Nachspielens". Das Kino 8 1/2 beteiligt sich mit drei Filmen, bei den letzten beiden ist der Eintritt frei.

**Donnerstag, 13. September, 19 Uhr**

### DER JUNGE KARL MARX

Frankreich/Deutschland/Belgien 2017. R: Raoul Peck

D: August Diehl, Vicky Krieps, Olivier Gourmet. 118 Min. DCP. dt. OF

Marx lebt gemeinsam mit seiner Frau Jenny in prekären Verhältnissen im Pariser Exil. Dort begegnet er eines Tages dem jungen Friedrich Engels. Aus intellektueller Verbundenheit entwickelt sich bald eine tiefe Freundschaft. Raoul Peck verfilmte als erster Regisseur außerhalb des ehemaligen Ostblocks die Biographie von Karl Marx und arbeitete dafür mit Pascal Bonitzer zusammen, dem langjährigen Ko-Autor der Filme von Jacques Rivette. Gerade aus der Spannung zwischen der Form des konventionellen Biopics und dem revolutionären Denken Marx' entwickelt der Film seine Intensität.



**Donnerstag, 11. Oktober, 19 Uhr**

### SYSTEM ERROR

Deutschland 2018. R: Florian Opitz

Dokumentarfilm. 95 Min. DCP

Florian Opitz, vor allem bekannt durch SPEED – AUF DER SUCHE NACH DER VERLORENEN ZEIT (DE 2014), widmet sich in SYSTEM ERROR der Widerständigkeit des Kapitalismus in Zeiten anhaltender Krisen. Zu Wort kommen dabei sowohl Enthusiasten des Neoli-



beralismus, wie der Hedgefond-Manager und ehemalige Trump-Berater Anthony Scaramucci, als auch dessen Kritiker, so beispielsweise der Ökonom Tim Jackson. Immer wieder stellt Opitz auch Zitate von Karl Marx in den filmischen Raum. Der Film spürt den Fehlern im System nach und stellt die Frage nach dessen Zusammenbruch.

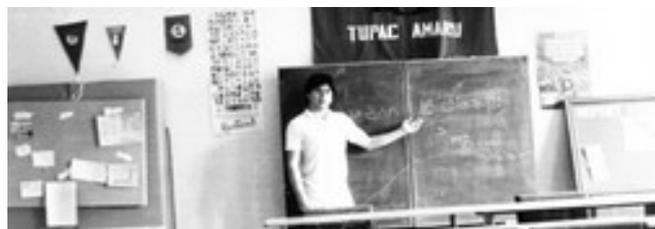
**Donnerstag, 8. November, 19 Uhr**

### COMRADE, WHERE ARE YOU TODAY?

Deutschland/Finnland 2016. R: Kirsi Marie Liimatainen

Dokumentarfilm. 112 Min. DCP. OmU

Die Finnin Kirsi Marie Liimatainen kommt 1988 mit 20 Jahren in die DDR, um an einer FDJ-Jugendhochschule mit Kommiliton\*innen aus mehr als 80 Ländern Marxismus-Leninismus zu studieren. Nach dem Mauerfall verliert man sich jedoch aus den Augen, und viele der Studierenden kehren zurück in ihre Heimatländer. Fast 30 Jahre später reist die Regisseurin auf der Suche nach ehemaligen Kamerad\*innen nach Bolivien, Chile, Südafrika und in den Libanon. Ihr Film fragt nach Verlust und Persistenz kommunistisch-marxistischer Ideen sowie dem Traum der Revolution.



**Wer ist interessiert, in Celle ein generationenübergreifendes gemeinsames Wohnprojekt zu starten? Oder gibt es schon eines und ich habe es nicht mitbekommen?**

**Kontakt: Mobil 01522 470 3112 oder rhgustav@gmail.com**

## Antisemitismus im Milieu der "Reichsbürger"

Vortrag: Jan Rathje

Nicht erst seit dem Polizistenmord von Georgensgmünd aus dem Jahr 2016 beschäftigen Menschen aus dem Milieu der "Reichsbürger", "Selbstverwalter" und "Souveränisten" Behörden und Verwaltungen.



Zunehmend wird einer breiten Öffentlichkeit deutlich, welche Gefahren von diesem bisweilen als "Spinner" verharmlosten Milieu ausgehen. Kern der Vorstellungswelt dieser Menschen ist der Mythos einer Weltverschwörung gegen die Deutschen, als dessen Ausdruck neben anderen ("Lügenpresse", George Soros) die Bundesrepublik Deutschland wahrgenommen wird. Innerhalb dieser Welterklärung

nimmt Antisemitismus eine zentrale Rolle ein, da er dem Milieu die Frage beantwortet, wer hinter der vermeintlichen Verschwörung gegen die Deutschen steckt.

Jan Rathje ist Mitarbeiter der Amadeu Antonio Stiftung und Autor des Buches "Reichsbürger, Selbstverwalter und Souveränisten. Vom Wahn des bedrohten Deutschen".

Do., 18.10.2018, 18.30 Uhr, vhs, Trift 20, Saal

## Diktatoren als Türsteher Europas - Wie die EU ihre Grenzen nach Afrika verlagert

Vortrag: Simone Schlindwein, Journalistin und Autorin

Migrationskontrolle ist in der EU zu einer Frage von höchster innenpolitischer Bedeutung geworden. Mit Hochdruck baut sie daher ihre Beziehungen zu den Regierungen auf dem afrikanischen Kontinent aus. Diese sollen ihre Bürgerinnen und Bürger daran hindern, nach Europa zu gelangen. Die EU arbeitet mit Regimen zusammen, die schwere Menschenrechtsverletzungen begehen, und bildet deren Polizei und Armeen aus. Die Bewegungsfreiheit in Afrika wird eingeschränkt, Entwicklungshilfe wird umgewidmet und an Bedingungen geknüpft: Wer Migranten aufhält, bekommt dafür Geld.

Simone Schlindwein war von 2006 bis 2008 u. a. Moskau-Korrespondentin des Spiegel, seit 2008 in Uganda basiert und Korrespondentin der taz für die Region der Großen Seen. Ihr gemeinsames Buch mit Christian Jacob „Diktatoren als Türsteher Europas“ ist die erste umfassende Darstellung der neuen europäischen Afrikapolitik.

Eine Kooperationsveranstaltung von vhs Celle und Rosa-Luxemburg-Stiftung Niedersachsen e.V.

Di., 16.10.2018, 18.30 Uhr, vhs, Trift 20, Saal

## Chaos - Das neue Zeitalter der Revolutionen

Vortrag: Fabian Scheidler

Der Klimawandel wird zur Realität, der Graben zwischen Arm und Reich vertieft sich, Staaten zerfallen oder stehen vor dem Bankrott, während die UNO die größten Fluchtbewegungen seit dem Zweiten Weltkrieg registriert. Diese Krisen bringen die traditionellen politischen Systeme in Bedrängnis. Während die alten Ordnungen brüchig werden, entflammt ein Kampf darum, wer die Zukunft bestimmen und wie diese aussehen wird. Wie können Zivilgesellschaft, politische Systeme und die Wirtschaft auf die aktuellen Herausforderungen reagieren?



Fabian Scheidler arbeitet seit 2001 als freischaffender Autor für Printmedien, Fernsehen, Theater und Oper. 2015 erschien sein Buch "Das Ende der Megamaschine. Geschichte einer scheiternden Zivilisation", 2017 das Buch "Chaos - Das neue Zeitalter der Revolutionen".

Eine Kooperationsveranstaltung von vhs Celle und Rosa-Luxemburg-Stiftung Niedersachsen e.V.

Do., 01.11.2018, 18.30 Uhr, vhs, Trift 20, Saal



## Gewerkschafter\*innen gegen das neue niedersächsische Polizeigesetz

### NPOG – NPOG – NPOG

Gegen das neue niedersächsische Polizeigesetz gibt's einen Aufruf von Gewerkschafter\*innen, der u.a. vom Celler DGB-Vorsitzenden Paul Stern unterstützt wird – hier der Text:



Die in fast allen Bundesländern geplanten neuen Polizeigesetze bedeuten einen massiven Abbau demokratischer Freiheits- und Grundrechte als Teil der Rechtsentwicklung der Regierung. In Bayern wurde es von der CSU-Landesregierung trotz massiver Proteste bereits beschlossen. Anders als bisher soll die niedersächsische Polizei in Zukunft „vorbeugend“ schon dann Menschen über-

wachen, bespitzeln, durch Computer-Trojaner ausforschen, verfolgen und für bis zu 74 Tage in „Präventivgewahrsam“ nehmen dürfen, wenn ihnen unterstellt wird, über Straftaten nachzudenken, ohne sie tatsächlich auszuführen.

Das betrifft auch alle Gewerkschafter\*innen!

Nicht nur als Teilnehmer\*in von Umwelt-, Antifa-, G20-Protesten oder als Fußballfan, sondern auch in betrieblichen Auseinandersetzungen!

In Deutschland gibt es kein allseitiges, vollständiges und gesetzliches Streikrecht. Mit den neuen Polizeigesetzen könnten alle, die auf Versammlungen für betriebliche Kampfmaßnahmen außerhalb von Tarifrunden sprechen - z. B. gegen Stilllegungen, Entlassungen oder für die Übernahme von Leiharbeiter\*innen - kriminalisiert und als potentielle Streikführende „präventiv“ eingesperrt werden.

Das ist nicht abwegig. VW in Wolfsburg holte in der Vergangenheit schon mehrfach die Polizei gegen Flugblattverteiler. Einen Vorgeschmack bekamen aktuell auch die gegen die Betriebsschließung streikenden Kolleginnen und Kollegen von Neue Halberg Guss in Leipzig, denen mit Polizeieinsatz gedroht wurde.

Deshalb: Niedersächsische Gewerkschafter\*innen sagen NEIN zum NPOG! Mobilisiert in Betrieben und Gewerkschaften! Kommt zur Großdemo am 8. September 2018 in Hannover!

Weitere Infos <https://niedersachsentrojaner.de>

Weitere Unterstützer bitte melden an: [gewerkschafter-gegen-NPOG@gmx.de](mailto:gewerkschafter-gegen-NPOG@gmx.de)



## Celle – ein Roman

### „Heimat, schöne Fremde“

Oskar Ansell stellt in einer >Caféhauslesung< einen vergessenen Celle-Roman (im Langen-Müller Verlag) und ihre in Celle geborene und aufgewachsene Autorin vor. Ein Geheimtipp! Es ist Ansell's zweite Vorab-Lesung aus seiner Celle-Literaturrecherche: „Heimat, schöne Fremde“, die er Ende des Jahres abschließt. Es folgen noch weitere Vorab-Lesungen an ausgewählten Orten. EINTRITT 10 € (begrenzte Plätze)

Wir Besserwisser\*innen an Deck der revista tippen auf eine Autorin mit den Initialen M.S.

## Im Wald und auf der Heide Nr. 22

Nach Austritt der Stadt Celle aus der „Lüneburger Heide GmbH“ können sich die Celler Geschäftsleute jetzt nach Ablegen eines Glaubensbekenntnisses einer neuen Sekte anschließen. Was es damit auf sich hat?! Lesen Sie selbst (alle Grammatikfehler original):



Oha.

## We‘ll Come United – United against racism

Auch im Jahr 2018 sterben Menschen im Mittelmeer, leben unter unmenschlichen Bedingungen in Camps und sind zunehmend mit rassistischer Gewalt konfrontiert. Dagegen und für eine Politik der Solidarität steht das Netzwerk We‘ll Come United. Im Aufruf zu einer bundesweiten Parade am 29. September 2018 in Hamburg positioniert sich das Netzwerk unter dem Motto „United against racism“ gegen den rassistischen Irrsinn auf den Straßen und in den Parlamenten, gegen eine sich einmauernde Gesellschaft und gegen die Politik der Ausgrenzung.

200 Organisationen, Initiativen, Cafés und Clubs, Vereine, Kulturinstitutionen, selbstorganisierte Migrant\*innenengruppen, Willkommensinitiativen, Künstler\*innenkollektive und NGOs gehören zu den Erstunterzeichner\*innen. Darunter Lampedusa in Hamburg und Jugendliche ohne Grenzen, das Auschwitz-Komitee in der Bundesrepublik Deutschland, mehrere Flüchtlingsräte, das Tribunal „NSU-Komplex auflösen“, die Seenotrettungsorganisationen Sea-Watch und Jugend rettet, die NGO medico international, die Fußballclubs FC St. Pauli und SV Babelsberg 03 und das Hamburger Theater Kampnagel – Zentrum für schönere Künste.

Im September 2017 fand in Berlin die erste We‘ll Come United-Parade statt: Vielfältig, laut und bunt hat der antirassistische Zusammenschluss kurz vor der Bundestagswahl auf Berlins Straßen ein Zeichen gesetzt. Seitdem hat sich das Netzwerk um viele Gruppen und Menschen erweitert, um dieses Jahr in Hamburg als Demo, als Karneval, als Parade mit Musik und Performance gelebten Antirassismus und Solidarität sichtbar zu machen.

Weitere Informationen: [www.welcome-united.org/de/](http://www.welcome-united.org/de/)

**Am 12.09., 19.30 Uhr, findet im Bunten Haus eine Mobilisierungsveranstaltung des Nds. Flüchtlingsrates, gefördert von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, statt. Neben Infos zu den Anliegen der Demo geht’s dann auch um Organisatorisches, also z.B. die Frage, ob Celle mit einem eigenen Themenwagen dabei sein will.**

### GEGEN ABSCHIEBUNG, AUSGRENZUNG UND RECHTE HETZE –

### FÜR BEWEGUNGSFREIHEIT UND GLEICHE RECHTE FÜR ALLE!

Der 29. September 2018 ist schon jetzt der schönste Tag des Jahres. Er wird unser Tag. Wir sind viele, wir sind verschieden und wir kämpfen jeden Tag vor unserer Haustür. Im September kommen wir alle zusammen. Wir kommen nach Hamburg, mit Autos, Zügen und Bussen. Aus Dörfern und Städten, aus Lagern und Camps, von Willkommensinitiativen und Hilfsorganisationen, von Baustellen, Schulen und Unis. Mit Lautsprecherwägen, Performances, Texten, Musik und Karneval verjagen wir die Kälte, den Rassismus, die Herzlosigkeit aus den Straßen der Stadt. Gemeinsam zeichnen wir ein Bild auf der Straße: das Bild unserer Freundschaft, das Bild eines solidarischen, vielfältigen und angstfreien Lebens. Wenn wir uns bewegen, bewegt sich die Welt!

#### Aufruf

#### UNITED AGAINST RACISM

#### Gegen die Lügen!

Die Geschichten, die uns jeden Tag verkündet werden, sind nicht zu ertragen. Sie sind eine Beleidigung und sie sind gelogen. Es wird gesagt, das Problem sind Geflüchtete, während sie im Mittelmeer ertrinken. Es wird gesagt, dass die Grenzen der Integrationsfähigkeit erreicht sind, während ein rassistischer Mob völlig ungeniert im Bundestag und auf der Straße tobt. Es wird ausgerechnet, dass die „Kosten der Integration“ steigen, während uns Sprachkurse und Arbeit verweigert und Unsummen für Abschiebebürokratie und Schikanen ausgegeben werden. Es wird von Gewalt geredet – und währenddessen werden Kinder aus ihren Betten und Schulklassen entführt, um sie in völlig fremde Länder abzuschieben.

Es ist leicht uns zu beschimpfen und auszuschließen, denn viele von uns sind sowieso ganz unten. Wir sind



vor Krieg, Hunger, Armut und Elend geflohen. Viele von uns kamen, weil der globale Kapitalismus unsere Leben zerstört hat. Unsere Familien dürfen nicht kommen, weil unsere Liebe und unsere Sehnsucht hier nichts bedeuten. Die Regierung will die Grenzen schließen und uns in neue Lager stecken. Wir wollen ganz sicher kein Mitleid, wir sind Menschen, keine Opfer. Aber wir sagen: Hier zeigt sich, wie demokratisch diese Demokratie ist. Nicht die Boote auf dem Mittelmeer sind eine Gefahr für uns alle, sondern der in ganz Europa tobende und mordende Rassismus.

## Das Problem heißt Rassismus!

Im Jahr 2017 sind über 3.000 Menschen auf dem Mittelmeer gestorben oder verschwunden, weil sie Europa erreichen wollten. Ihr Tod war nur eine Kurznachricht wert. Die Namen der Toten bleiben ungenannt. In Deutschland wurden im gleichen Zeitraum 2.200 Angriffe auf Unterkünfte von Geflüchteten gezählt. 180 Mal wurden solidarische Helfer\*innen angegriffen. 950 Mal traf es Muslime und muslimische Einrichtungen. 1.453 antisemitische Straftaten wurden registriert. Über 5,5 Millionen Wahlberechtigte wählten bei der letzten Bundestagswahl die offen rassistische AfD. Und wir haben den NSU noch lange nicht vergessen, der jahrelang unbehelligt morden konnte.

Daran denken wir, wenn gesagt wird, Deutschland werde immer gefährlicher. Denn mal ehrlich: Wer sitzt in den Unterkünften und hört, wenn nachts die Scheiben klirren? Wer wird auf der Ausländerbehörde schikaniert? Wer wird in illegalen Jobs und in unbezahlten Praktika ausgebeutet? Wer putzt die Teller, die Toiletten und die Eigenheime? Wer lebt und arbeitet seit Jahrzehnten hier und bleibt doch immer nur „Gast“? Nein, für uns geht keine heile Welt unter, weil die AfD jetzt mit 13% im Bundestag sitzt.

## Die Wahrheit geht anders!

Wir stehen jetzt auf. Erneut und nicht zum letzten Mal. Gegen diesen rassistischen Irrsinn, gegen diese verdrehte Welt, gegen diese herzlose Heimat, gegen die eingemauerte Gemeinschaft, gegen die Politik der Ausgrenzung. Wir trennen uns nicht und lassen uns nicht spalten. Ob „Deutscher“ oder „Ausländer“, ob „Flüchtling“ oder „Sachse“, ob aus Dortmund oder Damaskus, ob aus Afrin oder Athen, ob aus Kabul oder Kassel: Das ist uns schon lange egal. Es geht um uns alle. Es geht darum, wie und in welcher Gesellschaft wir miteinander leben wollen.

Wir haben längst angefangen, eine andere Welt zu bauen. Wir haben bei uns begonnen. Unsere Türen stehen offen. Egal woher wir kommen, wir kennen einander, wir haben unsere Telefonnummern, wir sind lebendige Anlaufstellen, sind alle längst Expert\*innen und Freund\*innen geworden. Mit jeder gemeinsam erledigten Aufgabe und durch gegenseitige Hilfe sammeln wir neue Stärke. Ob bei der Behörde, auf dem Rettungsboot im Mittelmeer, beim Jobcenter, bei der Wohnungsbesich-



tigung oder in der Schule. Wir werden nicht aufhören, alte und neue Machtstrukturen und das weltweite System des Kolonialismus zu bekämpfen. Wir verteidigen unsere Körper und unsere Würde – gegen Sexismus, Rassismus und jede Art von Gewalt!

## Grenzen einreißen!

Was wir miteinander erleben, ist wichtig und groß. „Welcome United“ in Berlin im September 2017 war ein Fest und ein Anfang. Wir haben für unsere Stimme und unsere Rechte demonstriert, aber viel wichtiger noch – wir haben uns selbst neu gefunden: Wer und wie viele wir sein können. Und wir haben gezeigt, dass wir Städte und Viertel, unsere Freund\*innen und Nachbarn, Grenzen und Horizonte bewegen können. Lasst uns weitermachen und neu beginnen. Keine Angst mehr. Keine Schreckstarre. Kein Alleinsein. Keine Unterwürfigkeit. Wir gehen auf die Straße, weil wir eine Zukunft wollen. Eine Zukunft für alle.

Darum wollen wir uns wieder versammeln: zu einer großen Parade des Antirassismus und der Solidarität in Hamburg. Es mag die Zeit des Egoismus, der Kälte und des Rassismus sein. Es mag schönere Zeiten geben, aber diese ist unsere. Das, was jetzt passieren muss, hat längst begonnen. Wir sind viele – und viel mehr, als wir denken.

Wir rufen auf zur bundesweiten Demonstration am 29. September in Hamburg. Kommt alle zur Parade für Teilhabe, gleiche Rechte und Solidarität.

## We'll Come United!

## Schul-Schul-Schulreform

Rund um die mit der Chiffre „1968“ bezeichneten Rebellion machten viele Schüler\*innen auch in Celle ihre erste Demonstrationserfahrung. Vom 20. - 22. Mai tagten in Celle hohe Beamte der Kultusministerien. Mit einer Demonstration am 20. Mai brachten über 1.000 Schüler\*innen ihre Forderungen zum „Bildungsnotstand“ auf die Straße. Die Schülerzeitung RETORTE (HBG) widmete diesem Ereignis anschließend 15 Seiten. Wir dokumentieren die Texte als 1. Teil einer Serie zu „1968 in Celle“ & würden uns über ein paar Leser\*innenerinnerungen dazu freuen. Interviews mit Joachim Schulze und Dietrich Höper sind bereits „im Kasten“ - an weiterem Material und Interviews sind wir interessiert.

\*\*\*

"Sag mal, seid Ihr denn ganz und gar verrückt geworden?" - "Warum?" - "Aa, Ihr marschierst da mit roten Fahnen 'rum und störst den Straßenverkehr!" - "Wir haben den Straßenverkehr nicht wesentlich gestört, und wenn auch: unsere Demonstration war genehmigt; außerdem: rote Fahnen waren keine dabei!" - "Aber 'Ho-Ho-Ho-Chi-Minh' gerufen habt Ihr!" - "Nein, wir riefen 'Schul-Schul-Schulreform'; das einzige, was an die 'Ho-Ho-Ho-Chi-Minh'-Rufe erinnert, ist der Rhythmus. Wir haben etwa diesen Ruf gewählt, um etwaige 'Ho-Ho-Ho-Chi-Minh'-Rufe zu übertönen, die das Thema unserer Demonstration verwässert hätten." "Wenn Ihr in die "DDR" gehen würdet, würden Euch die Hammelbeine schon langezogen! Oder geht doch gleich nach Vietnam!" - "Aber, wir haben doch überhaupt nicht gegen den Vietnamkrieg protestiert, wir sind für die Durchführung einer Schulreform auf die Straße gegangen." - "Trotzdem! Müßt Ihr denn hier Klamauk haben? Geht doch nach Berlin! Wir wollen in Celle unsere Ruhe!"

Dieses Gespräch ist authentisch und symptomatisch. Ich (H.E.) führte es mit einem Herrn, der mir sonst als nüchterner Geschäftsmann bekannt war. Andere hielten Arbeitslager für solche "Krawallmacher" wie uns für das Beste. Solche Meinungen über unsere Demonstration sind zumindest bei der älteren Generation häufig zu finden. Demonstrationen wurden in der Springer-Presse und in unserem 'Heimatblatt' so einseitig negativ gezeichnet, daß es einer Aufklärung der Bevölkerung vor der Demonstration bedurft hätte.

Leider war die Zeit dazu zu kurz! Außerdem reichten die Mittel nicht, jeden wirklich Interessierten mit einem der Flugblätter, die in unermüdlicher Tag- und Nacharbeit fertiggestellt worden waren, zu versorgen.

Hier der Text eines Flugblattes als Kostprobe:

FLUCHBLATT

EIN GYMNASIUM KOSTET WENIGER AIS EIN STARFIGHTER! UND ES HAT EINEN VORTEIL! ES

KANN NICHT VOM HIMMEL FALLEN !

VIELLEICHT BRAUCHEN WIR DÜSENBOMBER!  
SICHER KEINE, DIE VOM HIMMEL FALLEN! ABER  
GANZ SICHER BRAUCHEN WIR GYMNASIEN!

MEHR UND BESSERE GYMNASIEN ALS JETZT!  
DARUM GEHEN WIR AUF DIE STRASSE! WEIL  
WIR NICHT WOLLEN, DASS DIE SCHÜLER AUF  
DER STASSE SITZEN! UND DAS WIRD GESCHEHEN,  
WENN NICHT ETWAS GESCHIEHT!

WIR HABEN ZU WENIG GYMNASIEN! UND DIE,  
DIE WIR HABEN, HABEN ZU WENIG GELD! GELD  
FÜR BÜCHER UND REAGENZGLÄSER!

UND DAS WISSEN DIE VERANTWORTLICHEN!  
SEIT JAHREN!! UND SIE REDEN DARÜBER! SEIT  
JAHREN!! ABER DAS HILFT NICHTS!

ES WIRD IMMER SCHLIMMER!

ES HAT SICH GEZEIGT: DEMONSTRATION IST  
DAS EINZIGE MITTEL, ETWAS ZU ERREICHEN!

UND ES WIRD DEMONSTRIERT! ÜBERALL! DA  
KÖNNEN DIE STAATSSSEKRETÄRE DER KULTUS-  
MINISTER SICHER RUHIG IN TIEFSTER PROVINZ  
VERSAMMELN, WEIL IHNEN DER BODEN IN  
BERLIN, IN HAMBURG, IN FRANKFURT UND IN  
HANNOVER ZU HEISS IST!

AUCH HIER WIRD DEMONSTRIERT! WIE IN DEN  
GROSSTÄDTEN! UND ZWAR SO LANGE, BIS ET-  
WAS PASSIERT!

KEIN STAAT KANN ES SICH LEISTEN, EINE JU-  
GEND HERANWACHSEN ZU LASSEN, DIE DEN  
ANFORDERUNGEN DER ZUKUNFT NICHT GE-  
WACHSEN IST! DARUM SOLLTEN WIR UNS GUTE  
SCHULEN LEISTEN!

DIE MEISTEN LEHRER TUN, WAS SIE KÖNNEN!  
ABER NIEMAND KANN PHYSIKUNTERRICHT  
MIT WENIGER HILFSMITTELN, ALS GALILEI SIE  
HATTE, GEBEN!!

DIESE FRAGE GEHT ALLE AN! DIE GEMEINDEN!  
DIE LÄNDER! UND DEN BUND! ES MUSS GELD  
DAFÜR GEBEN! UND WIR GLAUBEN, ES GIBT  
GELD! ABER ES WIRD FÜR DIE FAISCHEN DINGE  
AUSGEGEBEN!

DARUM GEHEN WIR SCHÜLER SELBST AUF DIE  
STRASSE! WEIL WIR KEINE PENNÄLER SEIN  
WOLLEN! WIR WOLLEN LERNEN!! UND WIR  
WERDEN NICHT RUHEN, BIS MAN UNS AUSREI-  
CHEND MÖGLICHKEIT DAZU GIBT!

(Verantwortlich: ludwig brundiars, dithard steckel)

Anscheinend hätten auch ein paar Jugendliche besser informiert werden müssen, oder wollten sie sich nicht informieren lassen? Sobald nämlich der Bund Heimattreuer Jugend, d.h. sein Vorsitzender in Celle, der ehemalige Schulsprecher des Ernestinums, Rainer Buchholz, davon gehört hatte, wurde eine Gegendemonstration geplant. In einem Aushang in der Realschule am Heiligen Kreuz wurden Mitstreiter gegen sogenannte "Möchte-gern-Kommunarden", die "den Terror nach Celle hineinragen wollen" geworben. Allerdings war die Anmeldefrist für diese "Demonstration" überschritten. Trotzdem versammelten sich 200 zum Teil sturzhelmbewehrte Krieger in der Trift. Es war ein richtiger Schlachtplan entworfen worden, wie unsere Demonstration, die 1400 Schüler, Lehrer und Eltern stark sich die Bahnhofsstraße aufwärtsbewegte, zu stören, zu spalten und zu zerstreuen sei. Was tatsächlich zerstreut wurde, war die illegale Gegendemonstration. Ehe die zumeist aus "Rockern" gebildeten Rollkommandos in Tätigkeit verfallen konnten, griffen die "PoPo" (Politische Polizei=Verfassungsschutz) und die "SchuPo" (Schutzpolizei) ein. Die Demonstranten konnten ihren Marsch zum Rathaus ohne weitere Störungen fortsetzen. Zu ihrer Enttäuschung reihten sich nur wenige Bürger in den Zug: Die meisten Celler blieben entsetzt auf dem Bürgersteig stehen, viele äußerten Ansichten wie: "Diese Roten!" "Ins Arbeitslager!" "Da müßte mal die Polizei dazwischen!" "Soll'n doch gleich nach drüben gehen!"

Auf dem Marktplatz ließen sich die Demonstranten auf

dem Kopfsteinpflaster nieder und forderten lautstark das Erscheinen des niedersächsischen Kultusministers Langetheine. Doch wie die Demonstrationsleitung vermutet hatte, war dieser gar nicht erst erschienen, weil er Celle wohl nicht in allzu angenehmer Erinnerung hat, da er einmal etliche in Celle gegebene Versprechungen nicht erfüllen konnte. So reichte die im Rathaus empfangene Delegation die beiden bestehenden Resolutionen an den Oberstadtdirektor Eichelberg. Dieser versicherte, er werde sie an die zuständigen Stellen weiterleiten; im selben Atemzuge versuchte er klarzumachen, daß die augenblicklichen finanziellen Verhältnisse es nicht zuließen, mehr Geld für die kulturellen Belange zur Verfügung zu stellen.

In väterlich ermahnendem Ton wurde unsere Delegation "abgefertigt". Wir seien an der falschen Adresse, meinte Oberstadtdirektor Eichelberg, sagte jedoch zwei Sätze später, der in Celle vom 20.-22. Mai tagende Ausschuß solle den "Bundeskultusminister ersetzen"! Und zu diesem Ausschuß wollte die Delegation ja!!

Herr Eichelberg gab der Delegation, wie er es stets zu tun pflegt, einen Haushaltsplan der Stadt Celle mit und sagte, er würde gern mit Vertretern der Schüler sprechen, aber im Rahmen einer Demonstration sei ihm das nicht so lieb. Die gegenwärtigen Probleme des Bildungswesens wurden als "unlösbar" bezeichnet. Unsere Frage:

Warum redet man dann noch darüber?

Warum gehen wir noch zur Schule, wenn dem Bildungs-



notstand kein Einhalt mehr geboten werden kann?

Wie lange dauert es noch, bis Schüler (bei gleichem Zeitaufwand) außerhalb der Schule mehr lernen können als im Rahmen des Schulunterrichts?

Folgende Resolutionen wurden überreicht:

### I. R E S O L U T I O N

Die Forderungen der Schüler und Eltern werden immer deutlicher! Beseitigen Sie so schnell wie möglich folgende Mißstände:

In jeder Klasse sitzen durchschnittlich 1/3 Schüler zu viel, denn es fehlen Räume. Und angemessene Lehrmittel: von Reagenzglas bis zum Sprachlabor.

Und nicht nur Lehrer, sondern such Planstellen!

Warum wird kaum ein Abiturient Studienrat?

Dieser Beruf ist nicht attraktiv, nicht in erster Linie weil Lehrer "schlecht bezahlte Beamte" wären, sondern weil

1. sie praktisch keine Aufstiegsmöglichkeiten haben
2. die Arbeitsbedingungen unerträglich sind
3. keine Chancen zur Weiterbildung bestehen und notwendige Lehrmittel durch Tafel und Kreide ersetzt werden müssen.

Unter diesen Bedingungen sind wir nicht bereit, Studienrat zu werden.

Sie sagen: Es fehlt an Geldern!

Wir fragen: Sind Schüler keine Investitionen wert? Von den abgestürzten Starfightern hätte man über hundert Schulen bauen können.

Gegen diese Zustände zu protestieren, ist nicht nur das Recht, sondern sogar die Pflicht der Schüler. Denn wir haben eingesehen, daß das, was heute versäumt wird, sich nicht nur an uns, sondern auch an den folgenden Generationen rächen wird!

Kein Staat kann es sich leisten, die Wissenschaften sträflich zu vernachlässigen.

Wir fordern: B i l d u n gsnotstandsgesetze.

1. Abbau des Föderalismus in Schulen- und Hochschulwesen.
2. Eine dem Bruttosozialprodukt angemessene Erhöhung des Bildungsetats.
3. Einen attraktiven Gymnasiallehrerberuf.
4. Moderne Einrichtungen der Fachräume.
5. Die vorgeschriebene Zahl an Unterrichtsstunden.
6. Förderstufe für Abiturienten im Übergang zur Hochschule als Sofortmaßnahme.

Geben Sie Schülern, Lehrern und Eltern ein Mitspracherecht bei bildungspolitischen Entscheidungen. Sonst können Sie den notwendigen Forderungen nicht gerecht werden.

Für die Celler Schüler

(Ludwig Brundiers, Hein Dupiery, Burkhard Schönbach)

### II. P E T I T I O N

Wir halten es für die Aufgaben der SMV: Erziehung zur Selbstverantwortung und Einüben in demokratisches Handeln!

Wo die rechtlichen Voraussetzungen dafür nicht vorhanden sind, verfolgt die SMV ein utopisches Ziel.

A.) Der Schüler muß die Möglichkeit der Interessenvertretung durch die SMV haben. Entweder durch:

1.) einen von Lehrern, Eltern und Schülern aus der SMV gebildeten Ausschuß, in dem die Beteiligten Kritik und Änderungsvorschläge zum Schulleben vorbringen können. Gemeinsam gefaßte Beschlüsse erlangen an der Schule Gültigkeit. Oder

2.) durch Teilnahme von Schülern an Konferenzen, z.B. Hausordnungsbesprechungen, Disziplinarkonferenzen, Zensurenkonferenzen ....

Dazu ist eine Änderung der Bestimmung über das Konferenzgeheimnis erforderlich.

B.) Die SMV wird regelmäßig über Erlasse und Verordnungen der Kultusministerien zur Weitergabe an die Schülerschaft informiert.

C.) Die SMV kann unabhängig von der Schulleitung außerhalb des schulischen Bereiches in Eigenverantwortung tätig sein.

(Verantwortlich: Klaus Jordan, Uwe Hüttner, Traugott Wrede)

Der "Demonstrationsausschuß 20. Mai der Celler Gymnasien in Kreis und Stadt" erklärte sich mit beiden Resolutionen solidarisch !!!!

Der Menge draußen stellte sich kein Redner. Hier kam es aber indessen wieder zu einigen Störungen, die vom BHJ ausgingen. Wir danken Euch, daß Ihr Euch nicht habt provozieren lassen und wir danken der Polizei, die sich während der ganzen Demonstration äußerst fair verhielt; sie ließ es auch hier nicht zu Ausschreitungen kommen. Um 16.30 Uhr löste sich die Demonstration auf. Es folgte ein teach-in auf dem Schulhof des Ernestinums.

Am nächsten Tag, dem 21. Mai 1968:

Leider informierte die auflagenstärkste (nach eigener Darstellung bis zu 75.000 Leser) Zeitung in Celle immer noch nicht genügend: Der im Schützenfestumzugsbereichterstatterstil geschriebene Artikel des Lokalredakteurs WK des "Celler Heimatblattes" (CZ) freute sich, daß nun auch einmal die Celler Jugend ihren Spaß an einer Demonstration gehabt habe. Wenn auch nur "600" Demonstranten, angeführt von einigen "in sit-in's bewanderten Jugendlichen": sie sorgten immerhin dafür, daß "nun auch Celle e n d l i c h seine Demonstration ge-

habt hat". Plakate wurden bewußt mißverstanden. ("Wird hier Bildung mit dem Zeugnis verwechselt?")

Als positiv ist zu vermerken, daß wenigstens eine Resolution vollständig abgedruckt wurde.

Dahingegen müssen wir Herrn Hellmuth Kutscher von der hp [hannoversche presse] danken, der sich um eine objektive, sachgerechte Darstellung der Probleme bemühte.

Coproduktion von Henning Eilers, Ernestinum (13 LG) und Burkhard Schönbach



Nach der Demonstration:

Eine Diskussion im Auditorium minimum (unserer Aula)

Nach einem march-in auf's Rathaus, anschließenden stay-in und sit-in auf dem Markt, einem teach-in im Schulhof des Ernestinums kam der nächste Tag und mit ihm eine äußerst fruchtbare Diskussion.

Schon Wochen vorher war Herr Schollmeyer, Senator der Stadt und Fraktionssprecher der SPD in Celle, über Herrn H. Kutscher (hp) an unseren Schulsprecher herangetreten, um mit uns einmal über aktuelle Themen zu sprechen. Zufällig lag der Zeitpunkt sofort nach unserer Anti-BILDUNGSnotstandsdemonstration vom 20. Mai 68; an Aktualität mangelte es nicht. Ich glaube, dieses Gespräch war eine Notwendigkeit. Herr Schollmeyer machte auch dem letzten klar, was die meisten zu vergessen schienen: Man kann nicht lautstark demonstrieren und sich dann wieder in sein verschlafenes Eckchen zurückziehen. Dann hätte man die Demonstration besser sein lassen. Unsere Demonstration war kein "happening", sondern diente der Aufrüttelung der Bevölkerung. Danach muß nun natürlich eine wirksame Vertretung unserer Forderungen erstrebt werden. Herr Schollmeyer drückte das etwa so aus: Man muß nach diesem (durchaus positiven) Anfang 'am Ball bleiben'. Wir dürfen nicht in unseren Pennälerschlaf zurückverfallen! Wir haben 'die Karre zum Laufen gebracht', nun müssen wir sie auch steuern!

Unsere zukünftigen Forderungen werden sich im wesentlichen auf die beiden Resolutionen, die im Rathaus überreicht wurden, begründen. Natürlich werden wir diesen 'Katalog von Forderungen' weiter ergänzen und unsere Forderungen, wenn nötig, auch weiter eskalieren. Das alles nützt jedoch herzlich wenig, wenn nicht einflußreiche Leute in allen Instanzen für uns eintreten. Damit dies der Fall sein kann, schlage ich folgendes 'Aktionsprogramm' vor: IHR stellt

1.) einen Katalog von Mißständen,

2.) einen Katalog von Forderungen auf!

In einem noch zu gründenden Ausschuß aus Delegierten der Schüler-, Eltern- und Lehrerschaft werden diese Kataloge ausgearbeitet und in eine ansprechende Form gebracht. Dieser Ausschuß wird zu jedem Mißstand ein Gegenmittel nennen, zu jeder Forderung einen oder auch mehrere Verwirklichungsvorschläge machen. Bei diesen ausgearbeiteten Vorschlägen müssen grundsätzlich drei Instanzen unterschieden werden: 1.) Die Gemeinden 2.) Die Länder 3.) Der Bund

In der ersten und zweiten Instanz "Verbündete" zu gewinnen, wird nicht sehr schwer fallen, auf der dritten Ebene wirksam zu werden, braucht Zeit.

Die Gewinnung "Verbündeter" geht am besten vonstatten wenn wir in unserem Ausschuß bereits Politiker wählen, die sich mit uns solidarisch erklären. Diese müssen für uns in einer Weise wirksam werden, die wir durch Eingaben nicht erreichen können.

Euch bleibt dann: nicht locker lassen!! Eure Forderungen sind (wenn sachlich) berechtigt!! Stellt sie!!

Warum wollt Ihr Euch stillschweigend zurückstellen lassen, zurückstellen hinter Wehrpolitik und vieles mehr?!!

B.S. [= Burkhard Schönbach]





Ein Mann stürzt von einem Silo-Turm am Hafen in den Tod. Für Fremdverschulden ergeben sich für Kommissar Herbst keine Anhaltspunkte. Als dann aber auch die Mutter des Toten mysteriöse Unfälle erleidet, stellen sich neue Fragen.

Unfreiwillig immer mit dabei, Martin Spranger, der Detektiv wider Willen. Er (ver-)zweifelt nach wie vor an der (Un-)Vernunft seiner Mitmenschen. Die Stadtentwicklungspolitik in Mölze (= Celle) ist ihm ein Graus.

Architektur und Stadtentwicklung sind immer Entwürfe von Zukunft. Cornelia Sziget ist es in ihrem neuen Krimi ein Anliegen zu zeigen, dass in Celle beides kaum in der Gegenwart angekommen ist. Aber auch, dass die geplante „Sanierung“ des Quartiers Speicherstraße auch mit Vergangenheit nichts anzufangen weiß. Modernität hat hier nur im Blick, mit dem Bau von Stadtvillen den Bedürfnissen von wohlhabenderen Schichten entgegenzukommen. Sziget entwickelt insoweit eine Kritik und will die Augen öffnen für alternative Wege.

Mit Kommissar Herbst hat Sziget für ihren Krimistoff zudem einen Akteur aufgebaut, den seine verschiedenen Spleens nicht an der Aufklärung der Fälle zu hindern scheinen. So paart sich wieder einmal Witz mit Kritik am Mölzer Einerlei.

**Cornelia Sziget: Der Fall am Hafen. Ein Celler Regionalkrimi. edition winterwork, ISBN 978-3-96014-496-0, 12,90 EUR**

## Blick nach Links #13 Gärten des Grauens

**oder: Wie es so oder ähnlich demnächst auf 17 Hektar zwischen „familia“ und Vorwerk aussehen wird.**

Hinter diesem Link öffnet sich eine Welt, in die einzutau-chen es einer gefestigten und stabilen Psyche bedarf, es andernfalls schwerfiele, da unbeschadet wieder herauszukom-men. Also nix für Zartbesaitete. Riskieren wir's.

Besuchen wir die Hummel-, Schmetterlings-, Eichhörn-chen-, Igel-, (Laub)baum-, Hainbuchenhecken- und Blüten-pflanzenhasser (die werfen Schatten und verströmen Düfte und Verdunstungskühle, also nicht die Hasser)), über deren Beton- und Schotterflächen rund um die Stadtvillen, dicht-gedrängt gebaut entlang Maisfeldrändern und Kiefernstan-genkulturen, und den Gabionen, die die Bauwerke wohl vor feindlichem Granatenbeschuss und Nachbarn schützen sollen, in der Mittagssonne durchaus Temperaturen von bis zu 78°C erreicht werden können. Bisher nur in Bagdad zu erleben, reicht es mittlerweile, den Kieferngrund II , ein Baugebiet am Rand der Stadt Celle, zu betreten.

*„Eine kommunale Besteuerung, die allein auf die Wasser-Rückhaltekapazität des Bodens abzielt und nur Flächenver-siegelung in diesem Sinne steuerlich bestraft, greift daher [...] viel zu kurz und kann die aktuellen Perversionen im modernen Gartenbau offenkundig nicht verhindern.“*

Um solche Gartenphantasien dann auch wirklich in die Tat umzusetzen, gibt es eine zwingende Voraussetzung: Keines-falls sollten die Erbauer\*innen auch nur die leiseste Ahnung von der Ökologie, von den Lebenszusammenhängen zwis-chen Sonne, Böden, Wasser, Tieren, Pflanzen, Mikroorga-nismen, na ja, und Menschen haben. Sonst könnte niemand, also wirklich niemand, so zu Werke gehen.

*„[...] denn der Boden ist weit mehr, als ein Schwamm für überschüssiges Regenwasser, um unsere Kanalisationssys-teme zu entlasten, oder vor Hochwasser zu schützen. Er ist im wahrsten Sinne des Wortes unsere Lebensgrundlage. Wir leben auf ihm und von ihm, wir sind aus ihm geworden und wir werden dereinst wieder ein Teil von ihm. In einer Hand voll Erdreich tummeln sich mehr Lebewesen, als es Men-schen auf der Erde gibt.“*

Vielleicht kriegen wir ja noch die Kurve.

Alle Zitate aus: [www.facebook.com/GaertenDesGrauens](http://www.facebook.com/GaertenDesGrauens)



## Déjà Vu nach 33 Jahren

Bei herrlichem Wetter, auf einer göttlichen Anlage und mit ideal temperierten Getränken war die IV. revista-Minigolf-Open für alle Teilnehmer\*innen ein unvergessliches Erlebnis.

So konnten alle verschmerzen, dass der diesjährige Sieger aus dem Kreis hoch gewetteter Favoriten kam: Ewu gewann das Turnier mit beeindruckenden 31 Schlägen. Sein Kommentar: „Als GOTT erfuhr, dass Minigolf nur für die Besten ist, erschuf er noch Fußball.“

Der Vorjahrszweite musste sich um einen Schlag verbessern, um dieses Mal souverän abzuräumen. Karl als Zweitplatzierte verbesserte sich um fünf Schläge und um vier Plätze. Einen gewaltigen Sprung machte die diesjährige Drittplatzierte: Kirsten kam von Platz 15 im Vorjahr als Letzte aufs Treppchen – um 15 Punkte gegenüber dem Vorjahr verbessert.

Hier die Einzelergebnisse:

1. Ewu (31)
2. Karl (34)
3. Kirsten (38)
4. Der Kaiser (41), 5. Carsten (42), 6. Heiko – Moni – Reinhard (43), 9. Conny (44), 10. Deti (46), 11. Horst (48), 12. Kathrin (49), 13. Oliver (50), 14. Martin (51), 15. Herbert (56), 16. Dawn (57).

Die sportlich hohe Qualität des Turniers lässt sich auch daran ablesen, dass von insgesamt 288 gespielten Bahnen nur sechs Mal die Bahnen nicht mit 6 Punkten geschafft wurden. Aber: Es gab 47 Asse.

Eine kleine Reminiszenz: Vor 33 Jahren hat Ewu schon einmal ein alternatives Minigolf-Turnier gewonnen – es ging um die Solidarität für Tag X-Prozesse (für jeden Schlag landeten 5 Pfennig in der Prozesskasse). Damals spielte er eine 32-er Runde und eine 42-er. Von den heute noch Aktiven waren seinerzeit dabei Reinhard (43/35), Deti (46/48) und Moni (52/55).

Nicht ganz überraschend war dann, dass die „Ewu“ auch den Teamwettbewerb gewannen (159). Für das zweitplatzierte Team „Der Kaiser und die Frauen“ (179) monierte die Teamchefin: „Wir haben es uns mit teilweise leichten Fehlern schwer gemacht.“ Auf Platz 3 landete das Team „Heicodeho“ (181). Der undankbare vierte Platz ging an „Die Mützen“ (197), ihr Kommentar: „Das war allerdings nicht der Ausgang, den wir uns erspielen wollten bzw. uns vorgenommen hatten.“

Dass einige Teilnehmer\*innen nicht an ihre vorher gezeigten Leistungen anknüpfen konnten, schrieb der Sieger der Turniersituation zu: „Machen wir uns doch nichts vor: Das Spiel ist zu 95 Prozent kopfgesteuert. Wer lausig spielt, braucht keinen Coach oder mehr Training, sondern einen Psychiater.“

Ein spannendes Turnier bei tollem Sommerwetter, das den Teilnehmer\*innen viel Spaß und viele neue Erfahrungen brachte, ging bei der obligatorischen Siegerehrung zu Ende.

Übrigens: Keins der Zitate ist echt, sondern wie auch beim letzten Absatz handelt es sich um klassische Textbausteine aus der Minigolf-Sportberichterstattung.





## Kino 8 1/2 im September

jeweils Freitag  
und Samstag  
um 20.30 Uhr



**31. August & 1. September  
und 5. September, 19.15 Uhr**

### Lady Bird

Ein Jahr im Leben einer 18-jährigen Schülerin im kalifornischen Hauptstadt Sacramento, das von den Umbruchstimungen des Jahres 2002 nach den Anschlägen des 11. September geprägt ist. Der zwischen Ernst und Komik alternierende Film entwirft ein feinfühliges, unpräzises Porträt einer Generation auf der Suche nach Selbstsicherheit und Selbstverwirklichung. Ein weiser und liebevoller Film mit einer hervorragenden Hauptdarstellerin.

USA 2017, Kinostart: 19. April 2018, 123 Minuten

**07. und 08. September  
und 12. September, 19.30 Uhr**

### Swimming with men

Ein Steuerberater in der Midlife-Crisis schließt sich einer Gruppe von männlichen Synchronschwimmern an und bereitet sich mit ihnen auf die Weltmeisterschaft in Mailand vor. Die Komödie nutzt den exotischen Sport als Metapher für Selbstbestätigung, Freundschaft und Toleranz.

Großbritannien 2018, Kinostart: 7. Juni 2018, 103 Minuten

**14. und 15. September  
und 19. September, 20 Uhr**

### Papst Franziskus Ein Mann seines Wortes (?)

Ein Porträt von Jorge Mario Bergoglio, der seit 2013 als Papst Franziskus Oberhaupt der katholischen Kirche ist. Regisseur Wim Wenders will damit einen Film mit, nicht über den Papst inszenieren und macht ihn zu einer Plattform, über die der Papst für ihn zentrale Botschaften vermittelt: Die Forderung nach Solidarität mit den Armen und nach einem respektvollen Umgang mit der Schöpfung sowie von Menschen, Nationen und Religionen miteinander – im Geist von Bergoglios "Namensgeber" Franziskus von Assisi, dessen Vorbild mittels Sequenzen, die wie Passagen aus einem Stummfilm-Porträt des Heiligen inszeniert sind, heranzitiert wird. Wenders verwebt Archivaufnahmen von Reisen und Reden des Papstes mit Passagen aus vier langen Gesprächen, die er im Verlauf von zwei Jahren mit ihm führte, und macht daraus eine intensive Begegnung, die auf

kritische Distanz bewusst verzichtet, um mittels Film jene Nähe herzustellen, die Franziskus selbst als Kern seiner pastoralen Arbeit sieht.

Deutschland 2018, Kinostart: 14. Juni 2018, 96 Minuten

**18. September, 19.30 Uhr – EINTRITT FREI**

### IUVENTA - Seenotrettung

Eine Gruppe junger engagierter Menschen gründet im Herbst 2015 in Berlin die Initiative "Jugend Rettet". Über eine Crowdfunding-Kampagne kaufen sie einen umgebauten Fischkutter und taufen ihn auf den Namen „Iuventa“. Im darauffolgenden Jahr startet ihr Schiff zu seiner ersten Mission und schließt sich den Schiffen verschiedener NGOs, der italienischen Küstenwache sowie der Marine an. Nach über einem Jahr Einsatz und ca. 14.000 auf hoher See geretteter Menschen wurde im August 2017 das Schiff plötzlich beschlagnahmt und von den italienischen Behörden in Lampedusa festgesetzt. Doch eine Anklage ist bis heute nicht erfolgt.

Deutschland/Italien 2018, Kinostart: Juli 2018, 93 Minuten

**21. und 22. September  
und 26. September, 20 Uhr**

### Die brillante Mademoiselle Neïla

Ein eitler französischer Rhetorik-Professor wird von der Universität verdonnert, eine Jura-Studentin aus den Banlieues von Paris in der Kunst des Disputierens zu schulen, da er gegen sie während einer Vorlesung ausfällig wurde. Das Duell der beiden ungleichen Streithähne kommt nicht ohne jede Menge gegenseitiger Vorurteile und explosiver Reibungen aus, schließt aber auch einen versöhnlichen Brückenschlag mit ein. Die anfangs kühl beobachtende, auf Dauer aber warmherzige Komödie plädiert nachdrücklich für Toleranz und Humanität.

Frankreich 2017, Kinostart: 14. Juni 2018, 95 Minuten.

**28. und 29. September  
und 3. Oktober, 20 Uhr**

### Foxtrott - Der Tanz des Schicksals

Ein Steuerberater in der Midlife-Crisis schließt sich einer Gruppe von männlichen Synchronschwimmern an und bereitet sich mit ihnen auf die Weltmeisterschaft in Mailand vor. Die vorhersehbare und nur leidlich unterhaltsame Komödie nutzt den exotischen Sport als Metapher für Selbstbestätigung, Freundschaft und Toleranz, ohne diese Bedeutungsebenen konsequent auf die Figuren zu übertragen. Die einzelnen Charaktere bleiben lange verschlossen und auch die sportlichen Fortschritte der Männer sind eher Behauptungen des Drehbuchs, als dass sie sich in den Bildern manifestieren würden.

Großbritannien 2018, Kinostart: 7. Juni 2018, 103 Minuten

**Mehr unter**

**[www.kino-achteinhalf.de/](http://www.kino-achteinhalf.de/)**

# Politik, Vorträge & Theater

So., 26. August, 9.00

## **Fahrt zur Gedenkstätte Moringen**

Abfahrt an der Parkpalette am Hallenbad; Rückfahrt und Ankunft in Celle: ca. 16.30 Uhr - Die Fahrtkosten betragen: ca. 8,- € pro Person

Veranst.: VVN/BdA, Interessierte melden sich bitte unter: Klaus Meier, Tel.: 05141/2998021

So., 2. September, 13.00

## **Demonstration - Rheinmetall entwarnen – Krieg beginnt hier**

Unterlüß, Bahnhof

Di., 4. September, 19.00

## **Fesche Lola, brave Liesel - Marlene Dietrich und ihre verleugnete Schwester (öffentliche Probe)**

Schlosstheater, Eintritt frei

Sa., 8. September, 13.00

## **Alle zusammen gegen NPOG**

Hannover, Ernst-August-Platz

Sa., 8. September, 13.00

## **Fahrradtour der Jugendzeitschrift JUCE**

Start am Bunten Haus

Di., 11. September, 19.00

## **Was passiert in Rojava? Einblicke in zwei Solidaritätsprojekte**

Buntes Haus, Eintritt frei

Mi., 12. September, 17.00

## **Treffen von LIST**

Buntes Haus

Mi., 12. September, 18.30

## **junges Frauen\*treffen**

Buntes Haus

Mi., 12. September, 19.30

## **We'll Come United – Mobil-Veranstaltung zur Parade in HH**

Veranst: Nds. Flüchtlingsrat

Buntes Haus

So., 16. September, 11.30

Führung: **Hinter Stacheldraht.** Die Kriegsgefangenenlager in Celle 1914-1918

Bomann-Museum, 5 EUR

Di., 18. September, 19.00

## **Kabale und Liebe (öffentl. Probe)**

Schlosstheater, Eintritt frei

Mi., 19. September, 19.00

## **Europas Zukunft: mehr Demokratie?**

Vortrag: Henning Stöckmann-Gähler

vhs, Trift 17, Raum 3, 10 EUR

Do., 20. September, 19.30

## **Ist Kritik an Israel antisemitisch?**

Einleitende Beiträge von Dr. Peter Söllner und Paul Stern.

Veranstalter: Concordia Gemeinde Celle und VVN-BdA Celle

Gemeindehaus, Hann. Straße 51

Do., 20. September, 19.30

## **Oskar Ansell: LAGERLITERATEN oder »Tote auf Urlaub«**

Bomann-Museum, 5 EUR

Mi., 26. September, 19.00

## **Oskar Ansell: Celle – ein Roman!**

Café "Kiess & Krause", Großer Plan, 10 EUR

Sa., 29. September, 13.00

## **We'll Come United in HH**

Gemeinsame Fahrt mit NDS-Ticket ab Hbf 10.05 Uhr

Do., 04. Oktober, 19.00

## **»Rückkehr - Ritorno«. 100 Jahre Celle-Lager**

Ein Film von Manfred Bannenberg

Bomann-Museum, 5 EUR

Do., 11. Oktober, 15.30

**Museums-Melange:** Musik, Theater, Kunsthandwerk - Gegen die Monotonie in den Lagern 1914-1918 - mit Hilke Langhammer

Bomann-Museum, 8,50 EUR

Fr., 12. Oktober, 12.00

## **revista Redaktionsschluss**

Termine & Artikel an: revista.celle@gmx.de

Di., 16. Oktober, 18.30

## **Diktatoren als Türsteher Europas**

Vortrag: Simone Schindwein

vhs, Trift 20, Saal, Eintritt frei

Do., 18. Oktober, 18.30

## **Antisemitismus im Milieu der "Reichsbürger"**

Jan Rathje, Mitarbeiter der Amadeu Antonio Stiftung

vhs, Trift 20, Saal, Eintritt frei

Mi., 24. Oktober

## **Celler Trialog**

noch ist nichts geplant – aber: Termin vormerken

Do., 25. Oktober, 19.00

## **Film im Museum: Die große Illusion - Jean Renoir**

Bomann-Museum, Eintritt: ???

Mi., 31. Oktober, 20.00

## **Empörung reicht nicht! / NSU-Monologe - Vortrag und Gespräch mit Dr. Mehmet Daimagüler**

Schlosstheater Celle, 14,00 – 22,00

Do., 01. November, 18.30

## **Chaos - Das neue Zeitalter der Revolutionen**

Vortrag: Fabian Scheidler, Berlin

vhs Celle und RLS Nds. e.V.

vhs, Trift 20, Saal, Eintritt frei

# Konzerte & Partys

Mo., 20. August, 20.00

## Morblus

Herzog Ernst, Eintritt frei

Fr., 24. August, 22.00

IndieHeroes proudly present: **Scheiss-Indie-Disko - Die Kraftklub-Party**

**CD Kaserne, 5,00**

Fr., 24. August, 20.00

## Duo Lautensang

Antikhof Bröckel, Eintritt frei

So., 26. August, 17.00

## Sommerfest – querebeet – mit

**Frank Grischke & Ralf Lübke, Akkordeon & Slidegitarre**

Bootshaus Rodenwaldt,  
Oppershausen, VVK 20,00

Fr., 31. August, 20.00

## Open Stage

CRI – Gelände der CD-Kaserne

Fr., 31. August, 20.00

## Love Machine

Americana und Krautrock

MS Loretta

Mo., 03. September, 20.30

## Josh Smith

Herzog Ernst, Eintritt frei

Fr., 07. September, 19.00

## Session - Neue Jazz Initiative

Kunst & Bühne, Eintritt frei

Fr., 07. September, 21.00

## Dub Connection

Buntes Haus, Eintritt frei

Sa., 08. September, 20.00

## Jam Session

CRI – Gelände der CD-Kaserne

Di., 11. September, 20.00

## Carl Verheyen

Herzog Ernst, Eintritt frei

Fr. & Sa., 14. & 15. September

## Stadtfest auf drei Bühnen

Altstadt

Sa., 15. September, 20.00

## eawy (Electro-Pop)

MS Loretta

Fr., 21. September, 20.00

## Thorsten Willer

Antikhof Bröckel, Eintritt frei

Fr., 21. September, 20.00

## SWAMP – Cajun & Zydeco

Schlosstheater, Halle 19, VVK 25,00

Fr., 21. September, 21.00

## Freedom Party

CD Kaserne, 6 EUR

So., 23. September, 20.00

## Andy Mokrus (Jazz)

MS Loretta

Fr., 28. September, 20.00

## Heads

MS Loretta

Fr., 28. September, 20.00

## Open Stage

CRI – Gelände der CD-Kaserne

Fr., 05. Oktober, 20.00

## A-Sun Missa

britischer Dark Ambient Doom

MS Loretta

Fr., 05. Oktober, 20.00

## Dub Connection

Buntes Haus, Eintritt frei

Sa., 06. Oktober, 19.00

**Liebling, mein Herz lässt Dich grüßen ...** - Musik jüdischer Künstler in der Weimarer Zeit mit Søren Thies

Synagoge, Im Kreise 24, 10,00 – Schüler\*innen haben freien Eintritt

Fr., 12. Oktober, 20.00

## Max Clouth

Antikhof Bröckel, Eintritt frei

Sa., 13. Oktober, 20.00

## Jam Session

CRI – Gelände der CD-Kaserne

Mo., 15. Oktober, 20.00

## Delta Moon

Herzog Ernst, Eintritt frei

Mi., 17. Oktober, 20.00

## Bookends with Leos Strings

**Simon & Garfunkel Show**

CD Kaserne, VVK ab 26,30

Fr., 19. Oktober, 20.00

## Stephan Bormann

Antikhof Bröckel, Eintritt frei

Sa., 20. Oktober, 20.00

## Konzert mit ???

Buntes Haus

Do., 25. Oktober, 20.00

## Sébastien Lemoine

CD Kaserne, VVK ab 27,40

Fr., 26. Oktober, 19.00

## Session - Neue Jazz Initiative

Kunst & Bühne, Eintritt frei

Fr., 26. Oktober, 20.00

## Open Stage

CRI – Gelände der CD-Kaserne

Fr., 26. Oktober, 20.00

## Steve Crawford & Sabrina Palm

Antikhof Bröckel, Eintritt frei

Sa., 27. Oktober, 20.00

## Axel & Klaus

MS Loretta